

11

Bonn, Dienstag 9. Juli 1963

Sprecher: Adenauer, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Dichtel, Dufhues, Etzel, Fay, Gurk, Katzer, Kraske, Krone, Lemmer, Scheufelen, Schmidt, Seebohm, Stoltenberg, [Strauß], Süsterhenn, Varelmann.

Verhältnis zwischen Bund und Ländern. Bericht über die innere Verfassung der Partei (Landesvorsitzendenkonferenz am 8. Juli 1963). Verschiedenes.

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: gegen 19.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zunächst danke ich Ihnen, daß Sie gekommen sind. Ich ersehe daraus, daß die Verhältnisse in der CDU doch noch besser sind, als zwischen Moskau und Peking, von wo gerade gemeldet wird, daß plötzlich eine abrupte Unterbrechung eingetreten ist, von der man nicht weiß, ob sie in eine dauernde Trennung übergeht oder nicht.¹

Es liegen zahlreiche Entschuldigungen vor. (*Die Namen der Entschuldigten werden verlesen.*) Soeben kommt noch ein Telegramm, daß Herr Altmeier verhindert ist zu kommen, da er an einer Tagung des Landtages von Rheinland-Pfalz teilnehmen müsse. Herr Kiesinger hat mir einen ausführlichen Brief geschrieben; er weiß, worum es sich handelt. Er hat sich damit entschuldigt, daß heute und morgen vormittag die Regierung des Kantons Genf aufgrund einer schon seit langem getroffenen Verabredung bei der Regierung des Landes Baden-Württemberg zu Gast ist.² Er schließt damit, daß er sagt, er sei jeder Zeit bereit, zu vermitteln.

Ich sehe gerade Herrn Katzer, den neu gewählten Vorsitzenden der Sozialausschüsse.³ Wir alle wünschen ihm Glück und viel Erfolg. (*Beifall.*) Darf ich ein Wort hinzufügen: Es ist sehr erwünscht, wenn in der Fraktion der CDU/CSU nun der Arbeitnehmerflügel – verzeihen Sie, wenn ich diesen Ausdruck gebrauche, er ist nicht böse gemeint – stärker als bisher in Erscheinung tritt. Wir haben, wie Sie alle wissen, bei der Bundestagswahl einen erheblichen Prozentsatz der Arbeitnehmerstimmen nötig. Die Zahl der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der

1 Am 6./7. Juli 1963 fanden in Moskau sowjetisch-chinesische Verhandlungen über ideologische Auseinandersetzungen statt (FAZ vom 8. Juli 1963 „Auseinandersetzungen in strenger Klausur“).

2 Brief vom 8. Juli 1963 (Entwurf in ACDP I-226-079).

3 Katzer war am 6. Juli 1963 gewählt worden (FAZ vom 8. Juli 1963 „Katzer neuer Vorsitzender der Sozialausschüsse“).

Bundesrepublik schwankt zwischen 22 und 23 Millionen Menschen. Sie sehen schon aus dieser imponierenden Ziffer, welche Bedeutung die Arbeitnehmer im weitesten Sinne des Wortes auch für den Ausgang der Wahlen haben. Es ist sehr zu begrüßen, wenn die verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sich jetzt – hoffentlich alle – in den Sozialausschüssen zusammenfinden. (Katzer: Alle!) Ein großer Fortschritt! Ich glaube bestimmt, daß sie dadurch einmal den Arbeitnehmerinteressen in der Fraktion – und damit im Bundestag – größeren Einfluß verschaffen und daß dadurch zweitens unsere Partei auch nach außen hin als Partei erscheint, in der für die Arbeitnehmer ein Zuhause ist. Darauf legen wir nicht nur aus Wahlgründen, sondern aus ganz allgemeinen politischen und sozialen Gründen sehr großen Wert. (Beifall.)

VERHÄLTNIS ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hielten es für notwendig, vor der Sitzung des Bundesrates zusammenzukommen, die am Freitag dieser Woche stattfindet⁴, weil wir noch die Hoffnung hegten, daß es möglich sein würde, den Zwist, der zwischen der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag und dem Bundesrat besteht, aus der Welt zu schaffen.

Eine Partei, die in ihren innersten Gremien offenbar uneins ist, verliert außerordentlich viel. Für eine Partei ist es naturgemäß außerordentlich schädlich, wenn sie in einer so wichtigen Frage wie dieser hier nicht geschlossen erscheint. Das ist bei uns nun leider nicht der Fall.

Der Tatbestand ist an sich klar; er ist aber durch die Gesetzgebung und alles, was geschehen ist, ziemlich verwickelt. Ich will versuchen, ihn in möglichst einfacher Weise und ohne viel Ziffern darzulegen.

Die Bundesregierung hatte dem Bundestag den Haushaltsplan für das Jahr 1963 vorgelegt. Darin war eine Steigerung des Prozentsatzes der Beteiligung des Bundes an der Einkommensteuer und den damit zusammenhängenden Steuern vorgesehen. Der Bundestag hat den Haushaltsplan, wie ich glaube, sehr sorgfältig und sehr gewissenhaft durchgearbeitet. Die Regierungskoalition – die Opposition nicht; die Sozialdemokraten waren geschlossen für die Ablehnung des gesamten Haushaltsplanes – ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der Bund an diesen Steuern, von denen ich eben sprach, für 1963 mit 40,5 % und für 1964 mit 41,5 % beteiligt werden müsse. Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann der Satz der Beteiligung des Bundes –

4 In der 260. Sitzung des Bundesrates am 12. Juli 1963 wurde das Steuerneuverteilungsgesetz einstimmig abgelehnt (BR Sten.Ber. 4. WP S. 143–145). Vgl. auch Wolfgang RENZSCH: Finanzverfassung und Finanzausgleich. Die Auseinandersetzungen um ihre politische Gestaltung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Währungsreform und deutscher Vereinigung (1948 bis 1990). Bonn 1991 S. 177–179.

und damit auch der Länder – an diesen Steuern nicht Jahr für Jahr, sondern nur alle zwei Jahre geändert werden.

Dieser Gegensatz, der sich nun aufgetan hat, ist deswegen von so außerordentlich großer Bedeutung, weil er das Jahr 1964 und damit auch das Jahr 1965 berührt. Sie wissen, daß im Herbst 1965 die Bundestagswahlen sind. Sie wissen auch, daß die gesetzgeberische Arbeit unserer Fraktion und der Bundesregierung des Jahres 1964 von besonderer Bedeutung für das Ergebnis der Bundestagswahlen ist.

Der Bundesrat hat den Vermittlungsausschuß angerufen. Der Vermittlungsausschuß hat vorgeschlagen, die Haushaltsansätze um 912 Millionen DM zu kürzen und den Bundesanteil ab 1. Januar 1963 von 35 auf 38 % zu erhöhen. Die Kürzung um 912 Millionen DM ist keine richtige Kürzung. Sie schließt in sich, daß das Defizit des Jahres 1962 nicht, wie wir und der Bundestag es gewünscht haben, getilgt, sondern auf das kommende Jahr verschoben wird; das waren 400 Millionen DM. Ferner hat der Vermittlungsausschuß an der Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene 25 Millionen DM gestrichen, an der Einrichtungshilfe für Sowjetzonenflüchtlinge 10 Millionen DM, an den Stationierungskosten 100 Millionen DM, an den Personalausgaben 47 Millionen DM sowie an den Bauausgaben 50 %. Die letzte Kürzung wurde damit begründet, daß wegen des langen Winters der vorgesehene Betrag doch nicht verbaut werden könne.

Die Bundesregierung hat sich mit der Streichung und mit der Verschiebung der Tilgung des Defizits vom vergangenen Jahr auf das nächste Jahr abgefunden und sich bereit erklärt, insoweit den Vorschlag des Vermittlungsausschusses anzunehmen. Dagegen glaubten sowohl unsere Fraktion im Bundestag wie die Bundesregierung, sich nicht damit abfinden zu können, daß der vom Vermittlungsausschuß nunmehr vorgeschlagene Satz – nämlich 38 % statt bisher 35 % – auch für das Jahr 1964 gelten solle.

Das letzte ist das Entscheidende in der ganzen Angelegenheit. Denn wenn die geringere Erhöhung auch für das nächste Jahr Platz greifen würde, dann würden wir im Jahr 1964 auf dem Gebiet der Landwirtschaft nicht mehr tun können als bisher; und wir müssen für die Landwirtschaft mehr tun, meine Freunde, weil ein großer Teil der Landwirtschaft – ich will nicht behaupten, alle Landwirte, aber ein großer Teil – wirklich schlecht dasteht und weil wegen der Situation in der EWG eventuell eine Senkung des Getreidepreises eintreten muß.⁵ Wir würden weiter nicht das Geld

5 Debatte in der 81. Sitzung des Bundestages am 26. Juni 1963 über einen „Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates der EWG betreffend gewisse Maßnahmen, welche die Mitgliedstaaten für das Getreidewirtschaftsjahr 1963/64 und die folgenden Wirtschaftsjahre auf dem Gebiet der Preise anwenden müssen“ (Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 3923–3938). Bei den deutsch-französischen Gesprächen am 4. und 5. Juli 1963 war die Agrarpolitik, vor allem die Getreidepreisanpassung, eines der Hauptthemen (AdG 1963 S. 10678 f.; „Bonner Rundschau“ vom 6. Juli 1963 „Getreidepreis macht Kopfschmerzen“). Vgl. auch AAPD 1963 S. 713–717, S. 719–725; von der GROEBEN S. 218.

haben, um die Bundeswehr entsprechend unseren Verpflichtungen im Jahre 1964 weiter auszubauen. Wir würden das ganze Sozialpaket, das ab 1. Januar 1964 in Kraft treten soll, ad acta legen müssen. Kurz und gut, wir würden in die Bundestagswahlen hineingehen, ohne notwendige Ausgaben für das Sozialpaket, die Landwirtschaft und andere dringend notwendige Angelegenheiten machen zu können. Wir würden also gerade die Wähler, auf die wir, um die Bundestagswahl 1965 zu gewinnen, absolut angewiesen sind, einfach vor den Kopf stoßen.

Die Sache ist im Bundesrat durch die Abstimmung von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz herbeigeführt worden. Wir haben also das etwas eigenartige Schauspiel, daß im Bundestag CDU und CSU geschlossen für das eintreten, worauf sie sich mit der Bundesregierung geeinigt haben, während die Sozialdemokraten im Bundestag dagegen auftreten, und im Bundesrat stimmt die Mehrheit mit den Sozialdemokraten gegen die Fraktion und gegen die Bundesregierung. Von allem anderen abgesehen, ist es für eine Partei ungefähr das schlechteste, was sein kann, wenn sie nach außen derartig voll von Gegensätzen erscheint, wie das danach wenigstens aussieht.

Die Gründe, warum die Herren von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz von ihrer Haltung nicht abgehen wollen, sind etwas schwer verständlich. Ich will nicht Öl ins Feuer gießen, sondern ich möchte hier so sprechen, daß ich sachlich bleibe und niemand verletze.

Meine Freunde, wir müssen uns darüber klar sein, daß ein derartiges Verhalten unsere Partei schädigt. Ich finde es auch nicht korrekt, wenn sich die Betreffenden, die dafür verantwortlich sind, einer Aussprache hier im Parteivorstand entziehen. Wo kommen wir hin, wenn in wichtigen Angelegenheiten, wo man vielleicht verschiedener Meinung sein kann, diejenigen, die anderer Meinung sind als das Gros der Partei, sich einfach der Aussprache mit dem Gros der Partei entziehen! Ich hatte gehofft und gewünscht, daß festere Bande in unserer Partei im Laufe dieser langen Jahre geschlossen worden seien, als daß man wegen einer solchen Frage überhaupt wegbleibt und dafür nicht zu sprechen ist.

Wir müssen daraus schließen, daß am Freitag Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen so stimmen wie bisher und daß dann der Bundesrat mit den Stimmen der sozialdemokratisch regierten Länder und den Stimmen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen unsere Vorschläge, die Vorschläge des Bundestages – das bitte ich zu beachten – einfach über Bord wirft. Dann kann noch einmal der Vermittlungsausschuß angerufen werden. Es hat aber erst Zweck, ihn einzuberufen, wenn die Ferien einigermaßen vorbei sind; Sie sehen ja, wie viele heute hier fehlen. Der Vermittlungsausschuß wird vom Bundestag und eventuell noch einmal von der Bundesregierung angerufen werden; auch die Bundesregierung hat das Recht, den Vermittlungsausschuß anzurufen.

Nun stellen Sie sich bitte einmal im Geiste dieses Schauspiel vor: Wir kämpfen um den Haushaltsplan, das Sozialpaket, die Landwirtschaft, um alle die 1964 notwendigen Sachen. Die Partei, die doch wohl in der Bundestagsfraktion ihre vornehmste Vertretung sehen muß, ist derselben Ansicht wie die Bundesregierung, und einige Herren

aus dem Bundesrat sind anderer Ansicht. Alle waren im Bundesrat nicht dieser entgegengesetzten Meinung. So hat z. B. Bayern in seinen Haushaltsplan von vornherein höhere für den Bund bestimmte Beträge eingesetzt, auch Baden-Württemberg und – soviel ich weiß – sogar Hessen! (*Fay*: Die Hessen waren die ersten unter Betonung ihrer Bundesfreundschaft!)

Das Ganze ist ein sehr trauriges Schauspiel! Es handelt sich nicht nur um das Geld, es handelt sich auch um die Einigkeit in unserer Partei und die Geschlossenheit unserer Partei. Es handelt sich darum, wie diese Partei sich nach außen darstellt; das ist von entscheidender Bedeutung.

Es hat nun keinen Zweck, daß wir lange über die Angelegenheit sprechen, denn die Gegenpartei ist ja nicht da. Leider Gottes sind das Leute von uns. Sie helfen also der Sozialdemokratie, anders tun sie nichts; sie helfen der Sozialdemokratie gegen uns. Wir müssen abwarten und sehen, wann der Zeitpunkt gekommen ist, um mit den Herren in Ruhe ein Gespräch haben zu können. Die Herren lassen sich nicht nur hier nicht sprechen, auch von mir nicht. Ich habe neulich mit List und Tücke erreicht, daß ich Herrn Altmeier zu einer Besprechung bekommen habe.⁶ Ich will Ihnen nachher erzählen, wie das gewesen ist. (*Süsterhenn*: Ich weiß sogar, was Sie getrunken haben!) Nein, nein, so war das nicht. Ich habe mich an Frau Altmeier gewandt und habe ihr gesagt, ihr Mann sei leider nicht zu erreichen. Er war in Mainz und wurde verleugnet. Ich habe gesagt, ich könnte ihn nicht erreichen und bäte deswegen, ihm doch mitzuteilen, daß er zu der Besprechung kommen möge, die wir vorgesehen hätten, und daß sie dafür sorgen möchte, daß er käme, und er kam! Ob das gleiche Rezept in Nordrhein-Westfalen auch geht, weiß ich nicht. Man kann es ja nicht so oft anwenden.

So ist die Situation. Wir können nur hoffen, daß die Presse nicht so viel Spektakel macht, weil alles das unsere Partei schädigt.

Ich will gar nicht auf andere Sachen eingehen; aber glauben Sie mir doch das eine, der ich gerade die Wahl des Jahres 1965, die ich für von so entscheidender Bedeutung halte, sehr sorgfältig in ihren Anfängen beobachte. Wichtig ist der gute Ruf einer Partei. Dazu gehört auch die Geschlossenheit einer Partei; sie ist ein Teil ihres guten Rufes. Wähler, die unentschlossen sind, welcher Partei sie demnächst ihre Stimme geben sollen, lassen sich von Schwankungen und Mißhelligkeiten in einer Partei negativ beeinflussen.

Meine Parteifreunde, diese Wahl von 1965 ist von ganz besonderer Bedeutung. Glauben Sie mir, das ist nicht eine Gewohnheit, daß man immer sagt: Die nächste Wahl ist von besonderer Bedeutung. Diese Wahl ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil aufgrund der seit 1953 zunehmenden Wählerzahl der Sozialdemokratie – zusammen mit dem Godesberger Programm, das sie in den Augen vieler, die nicht

6 Besprechung mit den CDU/CSU-Ministerpräsidenten am 20. Juni 1963 (TERMINKALENDER). Vgl. dpa vom 20. Juni 1963 „Steuerstreit im Palais Schaumburg“; „Bonner Rundschau“ vom 21. Juni 1963 „Länderchefs bleiben unnachgiebig“.

genauer zusehen, als bürgerlich erscheinen läßt – ihre Aussichten gestiegen sind. Die Sozialdemokratie, die seit 1949 – also im Jahre 1965 dann 16 Jahre – in der Opposition ist, setzt natürlich auch alles daran, um in dieser Wahl zu obsiegen. Beachten Sie bitte weiter, daß uns nicht wie in den ersten Bundestagswahlen unsere Parole, die wir von 1949 an aufgestellt haben, helfen kann: Fester Anschluß an den Westen; denn die Sozialdemokraten sind amerikanischer als die Amerikaner. Da ist nichts mehr zu wollen. Alle diese Sachen sind weggewischt und vergessen. Das ist doch ein langer, langer und harter Kampf mit den Sozialdemokraten gewesen, in dem wir die jetzige Politik zum Siege gebracht haben.

Nun möchte ich über eine sozialdemokratische Regierung nach dem Jahre 1965 folgendes sagen: Derjenige irrt, der glaubt, daß die Herren der Sozialdemokratie, die in der ersten Reihe sitzen, diejenigen seien, die die Politik der sozialdemokratischen Fraktion führen würden. Der Herr Möller ist den Herren von Baden-Württemberg bekannt. Herrn Carlo Schmid kennen wir alle. Herrn Deist kennen wir auch. Herrn Erler – er ist ein sehr patriotischer, ja militärfrommer Mann geworden – kennen wir ebenfalls. Aber diejenigen, die die Partei steuern werden, das sind andere: das sind Männer wie Brenner und ein kleiner Kreis um Brenner herum. Mir hat in der allerletzten Zeit jemand, der die Verhältnisse ausgezeichnet kennt – ich kann Ihnen leider den Namen nicht nennen, er ist aber ein sehr beobachtender und kluger Mann –, gesagt, das sei ein Kreis von Marxisten reinsten Wassers. Ich möchte den Ausdruck gebrauchen, weil er alles besagt.

Wir werden mit der Gefahr rechnen müssen, daß auch eine andere Außenpolitik – vor und nach, das wird nicht mit einem Schlag kommen – eintreten wird. Vor allem aber – das bitte ich nun wirklich nicht der Öffentlichkeit zu sagen – bitte ich jeden von Ihnen, für sich allein sich einmal die Frage zu stellen und zu beantworten, ob unsere Partei geeignet ist, als Oppositionspartei eine lange Lebensdauer zu haben. (*Zurufe.*) Ich sage weder ja noch nein, sondern meine Bitte an Sie: Jeder von Ihnen möchte sich diese Frage einmal vorlegen und in aller Ruhe mit sich darüber zu Rate gehen, was er davon hält. – Damit möchte ich dieses Thema verlassen.

Ich möchte nur noch ein Wort dazu sagen, was unsere Partei als Opposition sein würde. Daß eine sozialdemokratische führende Partei ganz anders als wir mit den Menschen umgehen würde, die nicht ihres Glaubens sind, das wissen Sie wohl alle. Und was die Demokraten für eine Seele haben, das weiß ich nicht. (*Zuruf:* Keine!) Man kann auch eine schlechte Seele haben; ich will gar nicht sagen, die haben keine Seele. (*Erneuter Zuruf.*) Nein, nein! Wer immer mit der stärksten Partei geht, das ist ein ganz besonderer Charakter; mehr will ich gar nicht sagen. Und wer laut verkündet, er ginge immer mit der stärksten Partei ... (*von Brentano:* Ist besonders dumm!) Nein, nein, nicht besonders dumm. Das können Sie nicht sagen. Sie können höchstens sagen, der ist besonders schamlos. Glauben Sie mir, es gibt Schichten in der Wählerschaft, denen es gefällt, immer mit der stärksten Partei zu gehen. Wir wissen das doch von uns, wir haben doch auch solche Mitläufer gehabt. Es gibt Leute, für die es attraktiv ist, zu sagen, dann sind wir auf alle Fälle dabei; wenn die CDU/CSU die größte Partei

ist, sind wir bei der Regierung, und wenn die Sozialdemokratie die größte Partei ist, sind wir auch bei der Regierung. Also das ist von den Demokraten nicht etwa aus purer Dummheit gesagt, sondern das ist mit ganz gerissener Berechnung ausgesagt worden. Andersherum ausgedrückt: Wenn du bei der Regierung sein willst, mußt du uns wählen. Das ist der Kern der ganzen Angelegenheit. Darin liegt die Gefahr für uns; darüber müssen wir uns klar sein.

Wollte Gott, wir bekämen es noch einmal fertig, daß wir eine Regierung ohne die Demokraten bilden könnten. Ich bin derjenige gewesen, der von 1949 an – damals war es Zwang, ich habe es aber auch aus innerer Überzeugung getan – dafür eingetreten ist, mit den Demokraten zusammenzugehen. Aber zwischen der demokratischen Partei von heute und der von 1949 bestehen Unterschiede, die Sie überhaupt nicht ermessen können. Ich brauche nur an Herrn Heuss, an Reinhold Maier, an Blücher zu erinnern; das sind doch ganz andere Leute gewesen als die, die jetzt in dieser Partei nach oben gekommen sind. (*Dichtel*: Sie meinen den gewandelten Maier!) Den gewandelten Maier. Ich hatte einmal mit Reinhold Maier ein Gespräch gehabt, bei dem er mir ganz offen gesagt hat: Mit der Fraktion in Bonn habe ich überhaupt keine Verbindung mehr. (*Dichtel*: Aber erst später!) Ich freue mich, wenn ein Sünder das erkennt; wir müssen da christlich und barmherzig sein und ihm vergeben, wenn er nachher zum Richtigen kommt.

Ich habe über die Wahl des Jahres 1965 etwas länger gesprochen, und zwar wegen ihrer ganz außerordentlich großen Bedeutung. Eigentlich hätten sich das die Herren, von denen ich soeben gesprochen habe, auch sagen müssen. Nehmen Sie z. B. Nordrhein-Westfalen! Nordrhein-Westfalen hat 1966 Landtagswahl. Wenn die Bundestagswahlen im Jahre 1965 für uns verlorengehen, wird die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1966 niemals gewonnen werden können; das wäre ausgeschlossen. Wenn also auf Landesebene einer ein Interesse daran hat, der Gesamtpartei zu helfen, dann müßte das an sich Nordrhein-Westfalen sein. Hier sind ja eine Reihe von Herren aus Nordrhein-Westfalen; ich gehöre auch dazu. Herr Dufhues ist ja der Vorsitzende von Westfalen. (*Dufhues*: Westfalen ist nur der Minderheitspartner!) Der Juniorpartner von beiden! (*Dufhues*: Mein Ruf in Nordrhein-Westfalen ist sehr schlecht geworden! – *Schmidt*: Das geht immer so, wenn man auf die Bundesebene kommt!) Das wollen wir nicht gehört haben! Aber recht haben die beiden Herren.

Ob wir heute Beschlüsse fassen, wird die Debatte ergeben. Herr Dufhues wird – einer Anregung des Herrn Meyers folgend – einmal feststellen, welche Länderaufgaben der Bund übernommen hat. Dabei möchte ich nur eines sagen: Wir haben Dinge, die ausschließlich dem Bund zustehen, und solche, die von Bund und Ländern gemacht werden sollen. Zu den letzteren gehören auch die Kriegsfolgelasten. Ich habe bisher nicht gehört, daß Nordrhein-Westfalen sich darum bemüht hat, in Zukunft die Kriegsfolgelasten in seinem Land zu übernehmen. (*Schmidt*: Die Kriegsfolgelasten gehören uns!) Nein, nein! Haben wir keine Verfassung hier? Sehen Sie doch bitte mal nach!

Etzl: Es hat ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gegeben, in dem entschie-

den wurde, daß die Kriegsfolgelasten Lasten des Bundes sind.⁷ Wir sind bis heute mit den Ländern noch nicht einig, wie das Verhältnis Bund/Länder ausgekocht werden soll; das ist offengeblieben.

Adenauer: Artikel 74, Herr Etzel: „Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: Kriegsschäden und Wiedergutmachung“⁸! Das steht doch da. (*Schmidt:* Das ist die konkurrierende Gesetzgebung, aber nicht das Lastenverhältnis!) Bisher hat sich noch kein Land gemeldet und gesagt: Wir wollen das übernehmen. Ich führe das nur als Beweis für die Einseitigkeit an. (*Etzel:* Herr Bundeskanzler, Artikel 122⁹!) Ich sehe Herrn Strauß und wünsche ihm von Herzen Glück. Ich freue mich, daß er trotz des heißen Kampfes¹⁰ noch sehr wohlgenut aussieht. (*Beifall.*)

Dufhues: Ich darf mit einigen Gesichtspunkten die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers unterstreichen, insbesondere soweit sie sich mit den Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern allgemein – nicht nur dem jetzigen Finanzstreit – befassen, die sich immer nachteilig für uns auswirken werden. Es ist richtig, wenn gelegentlich gesagt wird, es interessiere unsere Wähler nicht, ob der Bundesanteil 35 % oder 40 % betrage; naturgemäß verstehen das nur die Eingeweihten. Es wird aber verhängnisvoll, wenn die Bundestagsfraktion oder die Bundesregierung erklären muß, daß wichtigste Aufgaben der Bundespolitik – etwa im Bereich der Kriegsopferversorgung oder in sonstigen Bereichen – nicht erfüllt werden können, weil Bund und Länder sich nicht einigen.

Wir sollten nicht nur an die Bundestagswahlen des Jahres 1965 denken, sondern in unsere Überlegungen bereits sehr ernsthaft die Vorbereitung der Landtagswahlen in Baden-Württemberg einbeziehen, die die letzten großen Landtagswahlen vor den nächsten Bundestagswahlen sein werden.¹¹ Der Trend nach oben oder unten wird auch durch das Ergebnis dieser Wahlen mitbestimmt werden; der Erfolg zieht den Erfolg, der Mißerfolg gewöhnlich den Mißerfolg nach sich. Deswegen haben wir auch bundespolitisch gesehen jedes Interesse daran, die Wahlen in Baden-Württemberg zu einem Erfolg werden zu lassen.

Den Streit um den Bundesanteil an den Ertragsteuern in den Jahren 1963, 1964 oder gar 1965 sollten wir im Zusammenhang mit den jahrelangen Meinungsverschiedenheiten sehen, die zwischen Bund und Ländern auf vielen Gebieten bestehen, nicht

7 Urteil des BVerfG vom 24. Juli 1962 (2 BvL, 16/61) – Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 14 S. 221–244, hier S. 233–236.

8 GG Art. 74 Abs. 9.

9 Etzel meint wohl GG Art. 120 Abs. 1: „Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung eines Bundesgesetzes und die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge.“

10 Hinweis auf Auseinandersetzungen innerhalb der CSU um die außenpolitische Linie. Strauß wurde dabei als Vertreter der „Gaullisten“ heftig attackiert. Vgl. Alf MINTZEL: Geschichte der CSU. Ein Überblick. Opladen 1977 S. 381 f.

11 Am 26. April 1964 (vgl. Nr. 16 Anm. 18).

zuletzt in den Bereichen der Kulturpolitik, der Wissenschaft und Forschung. Hier haben wir immer wieder aus den Ländern die Kritik gehört – auch aus Ländern, die durchaus ihre Verpflichtungen gegenüber dem Bund einzuhalten gewillt sind, wie Bayern, Baden-Württemberg und andere –, daß die Zuordnung umstrittener Aufgaben in den skizzierten Bereichen nicht dem Grundgesetz entspreche bzw. nicht den mehr oder weniger stark entwickelten föderalistischen Auffassungen gerecht würde. Es ist hier schon die in Aussicht genommene Klarstellung der Frage erwähnt worden, inwieweit der Bund Aufgaben übernommen hat, die an sich Länderaufgaben seien, und umgekehrt. Herr Bundeskanzler, Sie haben in der Sitzung des Präsidiums¹² erklärt, daß Sie bereit seien, darauf hinzuwirken, daß die notwendigen Auskünfte gegeben werden. Damit ließe sich eine Basis für eine Bereinigung dieser ewigen Querelen zwischen Bund und Ländern finden.

Die Bundespartei kann sich darum nicht der Aufgabe entziehen, einmal systematisch die umstrittenen Bereiche – Wissenschaft und Forschung – zu untersuchen und Vorschläge auf der Grundlage des Grundgesetzes zu erarbeiten, allerdings – wie ich glaube – auch unter dem Gesichtspunkt der Sachgerechtigkeit und der Erkenntnis, daß Aufgaben von der Bedeutung, wie sie im Bereich von Wissenschaft und Forschung durch die moderne Entwicklung gestellt sind, einfach nicht mehr allein von den Ländern, sondern nur einheitlich vom Bund gelöst werden können. Es sollen also Vorschläge ausgearbeitet werden, die eine Basis für die Überlegungen der Bundespartei darstellen, die dann mit hinreichender Autorität bemüht sein sollte, das Ergebnis dieser Untersuchungen zur gemeinsamen Auffassung von Bund und Ländern zu machen.

Deshalb die Überlegungen, die zwischen vielen Freunden angestellt worden sind – auch zwischen mir und den verschiedenen Freunden in den Ländern, den Herren Kiesinger, Goppel¹³, Meyers und anderen –, man möge endlich an diese Aufgabe herangehen, auf der Grundlage des Grundgesetzes sich um eine sachgemäße Zuweisung der Aufgaben an Bund, Länder und andere Einrichtungen bemühen. Dazu haben wir um so mehr Veranlassung, als die Ministerpräsidenten in Saarbrücken Beschlüsse gefaßt haben¹⁴, die von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung sein können. Diese Beschlüsse von Saarbrücken bringen, wenn sie einmal Verfassungsrealität werden, neben der Zuständigkeit des Bundes und der Zuständigkeit des einzelnen Landes eine weitere Kompetenz für die Gemeinsamkeit der Länder.

12 Sitzung des Präsidiums der CDU am 21. Juni 1963. Protokoll in ACDP VII-001-053/1.

13 Dr. Alfons Goppel (1905–1991), Mitgründer der CSU, 1954–1978 MdL Bayern, 1958–1962 Innenminister, 1962–1978 Ministerpräsident, 1979–1984 MdEP. – Ludwig HUBER (Hg.): Bayern, Deutschland, Europa. Festschrift Alfons Goppel. Passau 1975; Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Bayern im Wandel. Alfons Goppel – 15 Jahre Ministerpräsident (Politische Studien Sonderheft 1977/4). München 1977; Stefanie SIEBERS-GFALLER: Von Utopia nach Europa: Alfons Goppel – Biographische Notizen (Hg. Hanns-Seidel-Stiftung). München 1996.

14 Vom 10. bis 12. Juni 1963 (dpa vom 11. bis 13. Juni 1963; ACDP I-226-466).

Zum zweiten haben die Regierungschefs beschlossen, eine Kommission zu bilden, die aus den Regierungschefs der Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein bestehen soll und die auf der Grundlage der Überlegungen, die die Herren Ministerpräsidenten angestellt haben, Vorschläge erarbeiten soll, welche die Grundlage für Verhandlungen zwischen Bund und Länder sein sollen, um zu einer Aufteilung der Aufgaben, aber auch zu einer Entzerrung und Beseitigung der Schwierigkeiten zu kommen, die zwischen Bund und Ländern in der Haushaltsgebarung bestehen.

Wenn wir die Initiative ausschließlich den Ministerialräten der Staatskanzleien dieser Länder überlassen, werden wir als Partei mit unserer politischen Auffassung nicht zum Zuge kommen. Deshalb liegt mir sehr daran, daß sich der Bundesvorstand grundsätzlich mit dieser Frage befaßt, und zwar nicht nur im Hinblick auf den Finanzstreit für die Jahre 1963, 1964, 1965; er sollte vielmehr in Überlegungen eintreten, wie diesem elenden Streit, diesen dauernden Auseinandersetzungen endlich abgeholfen werden kann. Da bleibt nach alledem, was im Augenblick zu tun ist, m.E. nur die Möglichkeit, daß sich die Bundespartei um die Einsetzung einer Kommission überzeugender Persönlichkeiten – auch aus den Bereichen von Wissenschaft und Forschung – bemüht, die diesen Auftrag in Angriff nimmt und wohlüberlegte und wohlfundierte, aus der Kenntnis des Bundes und der Länder gewachsene Vorschläge erarbeitet, die dann dem Bundesvorstand unterbreitet werden sollen und die zur Grundlage der politischen Grundhaltung der Christlich-Demokratischen ich hoffe auch der Christlich-Sozialen Union gemacht werden können.

In diesem Rahmen könnte dann auch der Versuch unternommen werden, den Streit um den Bundesanteil an den Ertragsteuern zu bereinigen. Aber das sollte vorwiegend in internen Besprechungen mit den Ministerpräsidenten geschehen. Angesichts der Situation glaube ich nicht, daß diese Dinge besonders eilig sind. Wir sollten aber spätestens im September zu einer Regelung kommen, die nach Möglichkeit die Jahre 1963, 1964 und 1965 umfaßt. Eine Fortsetzung des Streites in der nächsten Zeit – denken Sie an die Wahlen in Baden-Württemberg und an die Bundestagswahlen 1965 – können wir nicht ertragen. Deswegen sollten wir überlegen, ob in meinen Anregungen praktische Vorschläge liegen, die eines Tages zur Realität führen können.

Schmidt: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß ich in dieser Sache so ziemlich den schärfsten und härtesten Standpunkt vertrete. Wir waren bei den Besprechungen mit den Ländern ungefähr in der Nähe des Erfolges. An jenem Abend war sogar schon Herr Pütz¹⁵ bereit – vorbehaltlich der Zustimmung seines Ministerpräsidenten –, einem Satz von 40,5 % zuzustimmen; so hätten wir an dem Abend schon eine Mehrheit formulieren können. Aber noch in der Nacht hat sich herausgestellt, daß der Ministerpräsident selber sehr scharf reagierte; er ist dann

15 Joseph Pütz (1903–1982), Mitgründer der CDU in Solingen, 1946–1962 Ratsherr und Fraktionsvorsitzender der CDU in Solingen, 1950–1954 und 1958–1970 MdL NW (CDU), 1960–1966 Finanzminister NW.

hinterher durch den Ministerpräsidenten Altmeier in seiner Haltung noch bestärkt worden. Beide hatten sogar entsprechend dem Antrag der SPD den Standpunkt eingenommen, man sollte es wie bisher bei 35 % belassen. Dadurch blieb den Vertretern der gutwilligen Ländern – wie z. B. Bayern und Baden-Württemberg – gar nicht die Chance, über 38 % hinauszugehen.

Nach meiner Auffassung sind die Dinge bis jetzt gar nicht schlecht gelaufen; wir sollten sie unter uns nicht dramatisieren. Der Haushaltsplan ist inzwischen verkündet. Die andere Sache bleibt im Fluß. Wir kommen näher an die realen Zahlen von 1964 heran und müssen dann unter sehr viel konkreteren Umständen die Dinge noch einmal neu zu behandeln versuchen, vor allem, wenn es uns dann gelungen ist, entsprechend den Vorschlägen von Herrn Dufhues die Fragen etwas stärker vorzubereiten.

Da die beiden angesprochenen Herren, also das, was der Herr Bundeskanzler die „Gegenpartei“ nennt, nicht da sind, möchte ich zweierlei sagen, und zwar selbst auf die Gefahr hin, Herr Bundeskanzler, daß ich mir noch einmal Ihren Zorn zuziehe. Wir sollten die Dinge nicht so dramatisieren, als ob es sich hier um tiefgehende Zwistigkeiten zwischen Bundestagsfraktion und den Ländern oder um Gegensätze innerhalb unserer Partei handele. Was hier geschieht, ist doch ein vollkommen natürlicher und selbstverständlicher Vorgang. Die Landesministerpräsidenten und die Landesminister haben auf ihre Verfassung geschworen, und danach haben sie das Wohl ihres Landes zu mehren, so wie wir auf der Bundesebene das Wohl des Bundes zu mehren haben. Selbstverständlich haben sie das so zu tun, daß sie auch immer den Bund im Auge haben.

Ich meine, wir könnten ihnen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie streng nach den Vorschriften des Gesetzes die Voraussetzungen des Artikel 106 Absatz 4 Grundgesetz¹⁶ nachgewiesen haben möchten und daß sie vom Bund mit guten Argumenten bedient werden möchten. Dazu ist folgendes zu sagen: Da ist auch auf der Seite des Bundes einiges versäumt worden. Die Erfahrungen des Jahres 1962 sind nach der finanzpolitischen Seite hin wirklich nicht erfreulich. Die Länder sind zum Teil mit falschen Gesichtspunkten bedient worden. Ich möchte das als derjenige sagen, der den Standpunkt des Bundes am schärfsten vertreten und der den Ländern nicht im geringsten nachgegeben hat.

Es muß zugegeben werden, daß sich der ganze Haushalt 1962 unter der Hand völlig verschoben hatte und daß die Länder mit ihren Gesichtspunkten recht behielten; zu dem Zeitpunkt, als der Bund die 38 % verlangte, waren die Voraussetzungen schon gar nicht gegeben. Das kann man für 1962 nachweisen. Auch für 1963, Herr Bundeskanzler, haben wir im allerletzten Augenblick das Neuverteilungsgesetz vorgelegt. Die Länder haben eine Reihe von Argumenten gegen den Haushalt vorgebracht, und der Bund hatte, als das Neuverteilungsgesetz zum Zuge kam, die meisten Argumente der

¹⁶ Art. 106 Abs. 4 GG regelt die Voraussetzungen zur Änderung des Beteiligungsverhältnisses an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen dem Bund und den Ländern. Vgl. Nr. 4 Anm. 31.

Länder bereits befolgt. Inzwischen hatte sich durch neue Ausgaben das Bild wieder so verändert, daß nun der Bund wieder recht behielt. Die Länder sagen: Wir fühlen uns nicht korrekt nach den gesetzlichen Grundlagen behandelt, auf denen wir mit dem Bund zusammen existieren. (*Adenauer*: Welche Länder?) Die Länder insgesamt! (*Adenauer*: Nein, das ist nicht wahr!) Die Länder insgesamt, auch die gutwilligen Länder! Auch Männer wie Kiesinger und andere Herren, die uns politisch gefällig sein wollen und uns politisch nachgeben wollen, sind der Meinung, sie seien vom Bund nicht recht bedient worden. Ich persönlich würde darin einige Berechtigung sehen. Wir haben sie zunächst nicht pfleglich behandelt, wir haben sie mit unrichtigen und mit nicht guten Argumenten bedient.

Herr Bundeskanzler, Sie hätten einmal die Auseinandersetzungen in der Nacht im Hause Nordrhein-Westfalen und auch die Auseinandersetzungen im Vermittlungsausschuß erleben müssen. Ich will hier einmal ganz objektiv sein, wenn auch Ministerpräsident Meyers geäußert hat, es müsse unbedingt vermieden werden, daß Dr. Schmidt den Vorsitz im Vermittlungsausschuß führe – so ist mir jedenfalls übermittelt worden. Wenn ich bis zum äußersten objektiv bin, kann ich über diese Auseinandersetzungen nur sagen, daß Herr Pütz als der Sprecher der Länder um ein Vielfaches besser vorbereitet war als irgendeiner auf der Bundesseite; das muß in aller Deutlichkeit gesagt werden. Ich hatte so darum gebeten, daß man uns vorher mit allen Argumenten – hieb- und stichfest durchgerechnet – bedienen möchte. Herr Bundeskanzler, das ist nicht in dem Maße geschehen, wie das notwendig und möglich gewesen wäre.

Das muß man alles sehen. Ich persönlich bin guter Dinge und glaube, daß, wenn wir für 1964 und 1965 konkrete Zahlen aufweisen können, die Länder für die politischen Argumente Verständnis haben werden. So disharmonisch sind die Besprechungen gar nicht gewesen.

Wir sollten einmal darüber nachdenken, wie überhaupt das grundsätzliche Verhalten zwischen Ländern und Bund unter dem Gesichtspunkt unserer Partei als der verbindenden – auch geistigen und weltanschaulichen – Stütze gefördert werden kann. Wir können aber nicht so tun, als ob wir uns in dieser Sache immer auf die geschickteste Weise verhalten und immer mit den besten Argumenten gearbeitet hätten. Das geht nicht. Auch diejenigen, die auf der Länderseite besondere Interessen haben, haben ein Recht darauf, daß von der Bundesseite einmal eine gewisse objektive Atmosphäre für die Verhandlungen eröffnet wird.

Adenauer: Eine sehr merkwürdige Rede, Herr Schmidt! (*Schmidt*: Das weiß ich, daß die Ihnen nicht gefällt!) Das ist gleichgültig, ob sie mir gefällt oder nicht. Die Hauptsache ist, was in der Rede drinsteckt, wie die Rede zu bewerten ist.

Sie sind einer der Hauptführer in der Bundestagsfraktion. Warum sorgen Sie da nicht, daß gespart wird? Warum treten Sie da nicht mal auf? (*Schmidt*: Verzeihen Sie, ich glaube, wenn einer das tut, dann bin ich das! – *Blumenfeld*: Das war nicht das Argument!) Was war dann das Argument? Er hat gesagt, Herr Pütz wäre besser unterrichtet gewesen als die andere Seite. Ich gebe ohne weiteres zu, daß ich den Haushaltsplan nicht so kenne wie der Finanzminister; ich brauche ihn auch gar nicht

so zu kennen. (*Etzel*: Das hat er doch auch nicht behauptet! Er hat gesagt, auf der Bundesseite wäre man nicht entsprechend gewappnet gewesen!) Er hat wörtlich gesagt: Herr Pütz war am besten unterrichtet und vertraut gewesen. Der Bundesrat hat den Etat des Bundes lange von jeder Seite her durchgekämmt. Das haben elf Länderfinanzminister getan. Ich will Ihnen das Ergebnis vorlesen, was sie bemängelt haben; darauf kommt es schließlich an. Sie haben zu dem Haushaltsplan für 1963 folgendes gesagt: Man könne die Entschädigung an ehemalige Kriegsgefangene um 25 Millionen DM heruntersetzen. Bitte, sagen Sie das mal der Frau Probst¹⁷. Dann haben Sie gesagt, die Einrichtungshilfe für Sowjetzonenflüchtlinge könne man um 30 Millionen heruntersetzen. Ich würde Sie bitten, das öffentlich zu vertreten; da werden Sie mal sehen, was Sie zu hören bekommen. Dann haben Sie gesagt, 300 Millionen DM bei den Bauten; das sind 50 % aller Bauten des Bundes. (*Schmidt*: Ich habe mich mit diesen Sachen gar nicht beschäftigt!) Doch, ich beschäftige mich damit. Sie haben kein einziges sachliches Argument widerlegt. Ich sage Ihnen jetzt einmal, was die Länder zusammen in monatelanger Arbeit an unserem Haushaltsplan zu bemängeln gehabt haben. Das sind diese Sachen. Dann verlangen sie weiter, daß die Deckung des Defizits von 1962 statt 1963 erst 1964 erfolge. (*Schmidt*: Worauf ich gesagt habe, dann sollten sie um ein Prozent erhöhen!) Erlauben Sie, ich habe Sie auch ruhig aussprechen lassen. Ich kann mich sehr beherrschen und kann Sie noch lange sprechen hören. Lassen Sie mich aber wenigstens einmal sagen, was bei der ganzen Durchleuchtung des Haushaltsplans herausgekommen ist; das sind diese Sachen.

Wir haben uns bereit erklärt, das zu akzeptieren, wenn man nur – bitte, verstehen Sie das doch – das Jahr 1964 ungeschoren ließe; denn für das Jahr 1964 liegen die Ausgaben schon da. Das ist das letzte Jahr vor dem Wahljahr 1965. Wenn wir das Sozialpaket nicht fertigbekommen – diese und andere soziale Ausgaben entstehen 1964 –, dann können Sie sich darauf verlassen, daß wir die Wahlen 1965 und Sie die Wahlen in Nordrhein-Westfalen verlieren.

Stoltenberg: Ich möchte etwas zu dem Verfahren sagen. Ich stimme Ihnen zu, daß es keinen Sinn hat, heute bei dieser Besetzung in eine lange Debatte über das Für und Wider einzutreten. Im Grunde sind sämtliche Argumente in unendlichen Besprechungen ausgetauscht. Ich stimme Herrn Dufhues zu, daß es richtig ist, allein schon aus psychologischen Gründen auf den Gedanken des Herrn Meyers einzugehen und ein solches gemeinsames Gremium in der Partei zu benennen, in dem einige Herren der Länderseite und des Bundes sich einmal über diese Aufgabenkategorien unterhalten. Wenn man von dem Kontrahenten etwas will, dann soll man auf seine Vorschläge eingehen.

Ich habe allerdings nicht den Optimismus – ich glaube, diese Auffassung ist wohlbegründet –, daß es möglich sein wird, bis zum September – im September

17 Dr. Maria Probst (1902–1967), 1946–1949 MdL Bayern (CSU), 1949–1967 MdB, Präsidentin der Europäischen Frauen-Union, 1958–1967 MdEP. Ursula MÄNNLE in ZEITGESCHICHTE 7 S. 113–127.

muß die Entscheidung fallen – etwa in der Frage des Aufgabenkatalogs zu Ergebnissen zu kommen. Im Grunde sind diese Dokumente schon Anfang des Jahres ausgetauscht. Wir kommen sofort, wenn wir das tun, in eine Reihe von unerhört schwierigen Problemen hinein. Sie können über einige hundert Millionen DM verhandeln. Dann kommen Sie aber zu Fragen, bei denen auf der Ländersseite auch keine Einmütigkeit besteht. Es ist keineswegs so, daß die Auffassung von Herrn Meyers – man müsse den Bund von Aufgaben befreien, die einen Betrag von 600 Millionen bis 2 Milliarden DM erfordern – einheitlich von allen Ländern geteilt wird. Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, der Saar oder Bayerns nehmen aufgrund ihrer Interessenlage einen völlig anderen Standpunkt ein als Nordrhein-Westfalen.

Ich will die Probleme nur kurz andeuten. Es ist unmöglich, die Vorstellung zu hegen, daß mit diesem Vorschlag bis zum September Fundamente für eine Einigung über das Prozentverhältnis gelegt werden könnten. Ich bin dennoch für diesen Vorschlag, weil es nützlich ist, auf lange Sicht solche Erwägungen in der Partei anzustellen. Nur muß man sich darüber im klaren sein, daß uns diese Kommission nicht der Aufgabe enthebt, eine politische Verständigung mit den Ländern herbeizuführen. Das kann nur dadurch geschehen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, und Sie, Herr Duffhues, als die Vorsitzenden unserer Partei in geeigneter Weise, in einem Personenkreis, den Sie selber bestimmen müssen – in kleinstem Kreise –, in persönlichen Gesprächen noch einmal auf die Ländersseite einwirken, damit wir ein Ergebnis von etwa 40,5 % bekommen, wie es im Bundesrat schon unmittelbar greifbar war.

Ich darf hier mit allem Ernst das unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler schon kurz gesagt hat. Wir werden nicht in der Lage sein, auch nur einen Teil unseres Gesetzgebungsprogramms, das Sie in Ihrer Regierungserklärung angekündigt haben und das eine neue Regierungserklärung in den wichtigsten Punkten übernehmen soll, bis 1965 durchzuführen – einschließlich der bereits eingeleiteten Gesetzgebungsmaßnahmen –, wenn wir nicht ein günstigeres Verhältnis als 38 % bekommen. Da können alle glänzenden Berechnungen nicht bestehen. Die ganze Zahlenartistik, mit der gearbeitet wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß in dieser entscheidenden politischen Frage die Aussichten auf eine Einigung jetzt noch nicht sehr gut sind. Ich habe den Eindruck, daß wir mit dem Vorschlag noch nicht sehr viel gewonnen haben, weil es in den Sommermonaten immer schwierig sein wird, geeignete Termine zu finden.

Man sollte aber auf den Gedanken von Herrn Meyers als Beweis unseres guten Willens eingehen. Wir wollen einmal diesen Aufgabenkatalog in Angriff nehmen. Daneben wird es notwendig sein, bis zum September auch diese politische Klärung im kleinsten Kreise herbeizuführen. Eine Verschiebung über den September hinaus halte ich nicht für ratsam. Wenn wir nämlich zu lange warten, kommen wir in den Oktober oder November hinein. Die Folge würde sein, daß uns die Länder die 38 % auch für dieses Jahr nicht konzedieren; die haben wir noch nicht, nach dem geltenden Rechtszustand sind es 35 %. Wenn wir erst zum Jahresende mit dem Gesetz kommen, wird man sagen, ihr habt noch Ausgabenreste, also braucht ihr die 38 % nicht, sondern

nur 35 %. Das ist der Grund – ich sehe das sehr deutlich kommen –, warum wir im September dieses Ergebnis erzielen müssen, bevor man uns im November sogar für dieses Jahr noch schlechterstellen wird.

Ich möchte diesen Vorschlag unterstützen, aber mit der Ergänzung, wegen der Beurteilung der Aussichten zu versuchen, schnell zu einem Ergebnis zu kommen.

Dufhues: Das ist mir völlig klar!

Süsterhenn: Wir sind alle der Überzeugung, daß dieser Streit zwischen Ländministerpräsidenten, die der CDU angehören, und der von der CDU geführten Bundesregierung in der Öffentlichkeit, bei unseren Wählern einen sehr schlechten Eindruck macht, obwohl ich an sich Herrn Schmidt recht geben muß, daß eine derartige Auseinandersetzung nach dem Wortlaut des Grundgesetzes in der Natur der Sache liegt. Daß man sich in derartigen Fällen nicht so schnell einig wird, das dürfte wohl an dem alten Sprichwort liegen, was wir gelegentlich auch aus dem Mund des Herrn Bundeskanzler gehört haben, daß in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhört; da wird immer energischer gekämpft als in sonstigen Situationen.

Ich möchte dem Herrn Kollegen Schmidt ausdrücklich darin recht geben, daß der Verfahrensstil – die Methoden, mit denen bisher von der Bundesseite und insbesondere vom Bundesfinanzministerium die Länder behandelt worden sind – einfach nicht dem Geist einer vernünftigen Zusammenarbeit, die beide Seiten und die Interessen des Bundes und der Länder sieht, entspricht. Es geht nicht so, daß man einen Haushaltsplan aufstellt, in dem sich ein Defizit befindet, und dann kurz und bündig die Entscheidung lautet, den Rest tragen die Länder; dann erfahren die Länder, daß ein dahingehender Kabinettsbeschluß gefaßt worden sei. Ich glaube, dieser politische Stil ist in einem Bundesstaat nicht tragbar.

Adenauer: Dann schlagen Sie doch einen anderen vor!

Süsterhenn: Jawohl, das will ich gerade tun. Ich bin nämlich der Meinung, daß nach dem Wortlaut des Grundgesetzes die Ausgaben der Länder im Prinzip gleichwertige und gleichwichtige Ausgaben zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben in der Bundesrepublik Deutschland sind. Unsere Wähler, die es uns übelnehmen, wenn wir ihnen auf dem Weg über den Grünen Plan nicht genug geben können, nehmen es uns genauso übel, wenn wir die Schulen oder Straßen nicht bauen können oder wenn wir zu wenig oder zu schlechte Krankenhäuser haben. Es müssen die beiderseitigen Aufgaben von Bund und Ländern in entsprechenden Vorbesprechungen gegeneinander abgewogen und koordiniert werden, und zwar an Hand von Zahlen von beiden Seiten.

Es ist ein Versäumnis der Bundespartei, daß man diese Zusammenarbeit nicht in die Wege geleitet hat. Wir haben zwei Tage nach der Bundestagswahl 1961 hier an diesem Tisch den Beschluß gefaßt, einen Ausschuß unter dem Vorsitz von Herrn Etzel zu gründen, der die Fragen der finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Ländern auf der Parteiebene durchdiskutieren sollte.¹⁸ Wenn diese Kontakte etwas

¹⁸ Vgl. Nr. 2 S. 82–84.

besser gepflegt worden wären, wären wir nicht in die Bredouille hineingeraten, in der wir uns jetzt befinden.

Ich bin der Meinung, daß es dafür noch nicht zu spät ist. Wir sollten jetzt diesen Ausschuß, den wir damals hier beschlossen haben – ich bitte, das im Protokoll einmal nachzulesen –, in Bewegung setzen, damit es wirklich zu einer vernünftigen Lösung kommt, und zwar in einem anderen Stil, als er mitunter angewendet wird; ich erinnere hier an eine Erklärung des Staatssekretärs Grund¹⁹, der in einer sehr merkwürdigen Weise von oben herunter die Länder und die Ministerpräsidenten apostrophierte. So geht das nicht; wir sind beide aufeinander angewiesen und müssen uns deshalb zusammensetzen. Das ist auch nicht mit einer einmaligen politischen Aussprache unter der Führung des Herrn Bundeskanzlers getan. Da müssen die Ziffern auf den Tisch gelegt und es muß miteinander verhandelt werden. Nur in einem Geiste sachlicher Arbeit können wir zu Ergebnissen und zu einer einheitlichen CDU-Finanzpolitik in Deutschland kommen.

Adenauer: Dann stellen Sie sich einmal folgendes vor: An diesem Tisch, es kann auch ein runder sein, auf der einen Seite die elf Länderfinanzminister mit ihren Haushaltsplänen und auf der anderen Seite der Bund mit seinem Plan. (*Süsterhenn:* Wir regieren leider nicht in elf Ländern! Es sind weniger!) Die anderen müssen wir doch auch berücksichtigen! (*Zuruf:* Erst einmal im Rahmen der Partei!) Sie werden zugeben, daß in Hessen auch Schulen gebaut werden. Und wo bleibt da das Parlament? Das ist ja die kompletteste Bürokratenherrschaft, die Sie sich nur denken können. Mögen das Bürokraten aus dem Bund oder aus den Ländern sein, das ist gehüpft wie gesprungen, Bürokrat ist Bürokrat. Die Parlamente sitzen vollkommen daneben. (*Süsterhenn:* Die gehören auch in diesen Ausschuß hinein!) Was wollen Sie da machen! Dann haben Sie nachher ein Konzil! (*Heiterkeit.*) Wie stellen Sie sich das vor?

Die Länder kennen den Bundeshaushaltsplan viel genauer als der Bund die Haushaltspläne der Länder kennt, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde: Auf der Seite der Länder sind es elf Leute, die elf Ministerien hinter sich haben und die mit Argusaugen den Haushaltsplan des Bundes durchforschen; ihnen sitzt nur ein Bundesfinanzminister mit seinem Bundesfinanzministerium gegenüber. Da mag ihnen mal der Herr Etzel – er kennt was davon – sagen, was so ein armer Bundesfinanzminister in einer solchen Zeit für eine saure Arbeit hat. Ich wünschte, wir hätten das Geld, um in jedes Land einen Aufpasser zu setzen, wie uns die Länder die Aufpasser hierhin setzen, damit wir dort auch einmal kontrollieren könnten, was mit dem Geld geschieht.

19 Walter Grund (1907–1986), 1935–1941 Reichsfinanzverwaltung, 1952–1956 Ministerialrat und ab 1954 Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium NW, 1956–1963 Oberfinanzpräsident in Hamburg, 1963–1969 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Ich will gar nichts gegen Berlin sagen; was ich jetzt sage, fällt mir nur so ein. Ich war neulich mit Kennedy in Berlin²⁰ und sprach mit einem der Rektoren der beiden Universitäten. Ich drücke mich vorsichtig aus, eine Universität, wie ich in meinem Leben noch keine gesehen habe; das möchte ich mal von vornherein sagen. Ich fragte den betreffenden Rektor: Wann werden Sie mit Bauen fertig sein? Da sagte er: Sie wissen, daß in Berlin Mangel an Baustoffen ist – das ist richtig, es müssen viele Baustoffe aus der Bundesrepublik dorthin gebracht werden – und Mangel an Arbeitern – der ist auch bei uns. Wir haben, so sagte er, das Geld für die Bauten, die bis zum Jahre 1971 nötig sind, alles daliegen, aber wir können es nicht so schnell verbauen. – Und das, meine Damen und Herren, ist tatsächlich für manche Länder bezeichnend; das Geld liegt da, sie können gar nichts loswerden.

Dann, Herr Süsterhenn, muß ich Ihnen folgendes aus der Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes in Erinnerung rufen, darauf müssen wir immer wieder zurückkommen: Da war doch die Absicht Frankreichs und Amerikas, den Bund möglichst schwach und die Länder möglichst stark zu machen. Das ging soweit, Herr Süsterhenn, daß wir im Parlamentarischen Rat eine Periode hatten, wo Angehörige aller Parteien – von der Sozialdemokratie bis zu uns – sehr ernsthaft den Gedanken erwogen haben, den betreffenden Ländern den Auftrag zurückzugeben und zu sagen, wenn wir euren Richtlinien folgen sollen, dann macht es besser selber; wir können es nicht verantworten, ein Deutschland zu schaffen, das derartig schwach ist, wie ihr das wollt. Das hat dann ein bißchen geholfen. Wir haben das Werk damals nur zu Ende geführt, weil alle glaubten, daß in einigen Jahren Berlin und die Zone wieder zu uns gehören würden. Deshalb haben wir in die Präambel den Satz gesetzt, daß, sobald Berlin und die Zone wieder zu uns zurückgekehrt seien, eine Nationalversammlung gewählt werden solle, die eine neue Verfassung erstellen solle.²¹ Diese Verfassung wäre anders geworden – davon bin ich fest überzeugt –, als die geworden ist, die unter dem Einfluß der Besatzungsmächte zustande gekommen ist, die nur die Absicht hatten, die Zentralgewalt möglichst schwach und von den Ländern abhängig zu machen; das hat man fertigbekommen, wir sehen es jetzt.

Meine Herren, Sie reden immer nur von Ihrem betreffenden Land, von persönlichen Erfahrungen; hören Sie doch auch einmal auf uns. Ich habe den besten Willen gehabt, mich mit Herrn Meyers und Herrn Altmeier zu verständigen. Sie waren auch für gestern nach Eichholz eingeladen.²² Ich bin hingepilgert, die beiden sind nicht

20 Kennedy besuchte die Bundesrepublik vom 23. bis 26. Juni 1963, am 26. Juni Berlin. – Am 26. Juni 1963 wurde Kennedy das Ehrenbürgerrecht der Freien Universität Berlin durch deren Rektor, Prof. Dr. Ernst Heinitz, verliehen (AdG 1963 S. 10651–10656; BULLETIN vom 29. Juni 1963 S. 1008–1010; OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 226–233).

21 Die Präambel spricht von einer „neuen Ordnung“ für eine „Übergangszeit“, Art. 146 regelte die Geltungsdauer des Grundgesetzes.

22 Am 8. Juli 1963 war in Eichholz eine Landesvorsitzendenkonferenz der CDU (TERMINKALENDER). Vgl. S. 507–514 und Anm. 29.

hingekommen. Ich laufe den Herren noch nach! Ich muß denen nachlaufen, damit sie überhaupt mit uns sprechen. So ist es allmählich geworden.

Herr Süsterhenn, als dieses Grundgesetz gemacht wurde, hat noch kein Mensch daran gedacht, daß wir wieder bewaffnet würden. Wenn wir die Wiederbewaffnung nicht bekommen hätten – die mußten wir ja haben –, dann säßen wir ganz anders da. Aber kein Mensch konnte damals daran denken, daß die Wiederbewaffnung kommen würde. Diese Milliarden müssen wir bezahlen. Das müssen Sie doch auch einmal betrachten.

Dann darf ich Ihnen noch etwas über die Gründe der Verteilung der Zuständigkeit bei Kultur und Wissenschaft sagen. Ich war mit daran schuld. Wissen Sie, was uns dabei geleetet hat? Nicht etwa die Sorge, daß die Wissenschaft verderben würde; kein Gedanke daran! Wir fürchteten und rechneten damals damit, daß die Sozialdemokraten im Bund die Mehrheit bekommen würden; daß sie sie 1949 nicht bekommen haben, war für uns alle eine große Überraschung und ein freudiges Geschenk. Wenn dann die Kulturfragen nicht Sache der Länder gewesen wären, dann – so fürchten wir – wären in Bayern, Nordrhein-Westfalen und wo immer es auch sei Volksschulen ohne jeden Religionsunterricht eingerichtet worden. Das war doch der Grund und nicht die Interessen der Wissenschaft. Es kann sich doch jeder an fünf Fingern abzählen, daß die Wissenschaft schließlich von 50 Millionen Menschen besser gefördert werden kann als von drei Millionen da und sieben Millionen dort. Die Länder müssen doch zusammenkommen, damit sie auf dem Gebiet etwas machen können. Deswegen haben sie diese etwas wenig legale Kultusministerkonferenz geschaffen²³; sie haben gesehen, daß in der Kultur nicht jedes Land für sich allein machen kann, was es will.

Denken Sie bei alledem, was Sie so schön hier sagen, daran, was die Grundtendenz des Grundgesetzes ist und was die Absicht Amerikas und Frankreichs war: den Bund möglichst schwach zu machen. Das haben sie bei Gott fertigbekommen. Jetzt würden sie es nicht mehr tun, das versichere ich Ihnen. Vergessen Sie auch nicht, daß die Militärlasten, die wir übernehmen mußten, das sind, was so furchtbar schwer auf uns drückt. Wenn wir die nicht hätten, ginge es uns allen ganz großartig; wir hätten Geld, und Sie hätten Geld. Gott sei Dank, daß wir die Militärlasten tragen müssen; das möchte ich auch noch sagen, damit nicht der Irrtum entsteht, ich beklagte mich über die Militärlasten.

Krone: Ich stimme dem Vorschlag von Herrn Dufhues zu, diesen Ausschuß einzurichten. Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, Herr Kollege Süsterhenn und Herr Kollege Schmidt, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß das Bild, das Sie beide entworfen haben, doch zu einseitig ist. Ich gehöre nicht zu denen, die Öl ins Feuer gießen. Ich will nur einige Fakten nennen, wo der Versuch gemacht worden ist,

23 Die „Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland“ wurde im Oktober 1949 gegründet. – Winfried MÜLLER: Die Gründung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Bundesrepublik Deutschland. In: Historisches Jahrbuch 114 (1994) S. 76–106.

sich zu verständigen, um so mehr, als ich aus einem Gespräch erfuhr, daß darüber in den Landesparteien sehr irriige Auffassungen herrschen; ich drücke mich so aus.

Herr Etzel hat als Finanzminister regelmäßig seinen Haushaltsplan mit den Vertretern unserer Partei im Bundesrat besprochen. Das ging ausgezeichnet. (*Etzel*: Nächtelange Diskussionen!) Sicher, das haben Sie gemacht. Unter Herrn Starke gab es das nicht; jetzt kommt Dahlgrün²⁴.

Zwischen den Vertretern der Fraktion und Herrn Pütz hat an dem Tage, wo Hannes Albers beerdigt wurde²⁵, in Köln ein langes Gespräch stattgefunden, wo alle Posten – Punkt für Punkt – durchgesprochen worden sind. Zweitens möchte ich das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten Altmeier anführen, von dem Sie sagen, es genüge nicht, weil es einmalig war; gut, aber es hat stattgefunden. Drittens, von seiten der Länder ist eine Kommission eingesetzt worden – drei oder vier Minister der Länder, ebenso Herren des Bundes –, die zweimal einen ganzen Tag hier in Bonn getagt hat.²⁶ Dabei wurde Position für Position durchgesprochen und gefragt, was haben die Länder auszusetzen? Herr Dahlgrün hat bereitwilligst über alles Auskunft gegeben. Am Schluß dieser zweitägigen Beratungen ist gefragt worden, können wir uns über einen Schlüssel verständigen? Da kam von einem der anwesenden Länderministerpräsidenten der Satz: Nein, dazu ist die Kommission nicht kompetent. Dann wurde von einem Vertreter der Länder nachgewiesen, daß sie doch kompetent sei. Aber man wollte die Entscheidung nicht fällen. Ich nenne jetzt keinen Namen, ich bin aber bereit, Herr Süsterhenn, Ihnen den Namen zu sagen. – Wir kamen also nicht zu einem Schluß. Die Antwort: nur 35 %.

Ich stelle also fest, daß von seiten des Finanzministers und des Bundes Versuche gemacht worden sind.

Dufhues: Auch von seiten der Partei!

Krone: Auch von der Partei aus! Das, was sie bemängeln, ist geschehen; es hat aber nicht zum Erfolg geführt.

Daher meine ich, Herr Kollege Süsterhenn – ich bin keiner, der gern Öl ins Feuer gießt –, daß wir mit dem Nachweis von Zahlen allein jetzt nicht mehr weiterkommen; es ist hier ein bißchen mehr. Das tut mir so leid. Ich bin auch dafür, daß ein Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Ministerpräsident Meyers stattfindet. Ich hoffe, daß die Sache durchkommt. Die Sache muß bis zum Herbst in Ordnung sein.

Herr Süsterhenn, warum hat der Bund gesagt, wir wollen für 1964 noch keine Zahlen nennen? Weil der Haushalt bis zum Herbst in den Grundzügen vorliegt und der

24 Dr. Rolf Dahlgrün (1908–1969), 1949 FDP, 1953–1957 MdHB, 1957–1969 MdB (1962 Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses), 1962–1966 Bundesminister der Finanzen. – Zur Finanz- und Haushaltspolitik unter Starke und Dahlgrün vgl. Heinz STARKE u. a.: Haushaltsreden 1962 bis 1966.

25 Am 13. März 1963.

26 Die Kommission des Bundes und der Länder tagte am 7. März und am 2. April 1963 („Die Welt“ vom 6. April 1963 „Kiesinger will sich nicht entmutigen lassen“).

Finanzminister ihn dann mit den Ländern durchsprechen will, um zu einem Ergebnis zu kommen. Auch hier ein Eingehen auf Wünsche der Länder!

Meine Bitte an unsere Mitglieder im Vorstand, die in den Ländern zu Hause sind, geht dahin, mit allem Ernst darauf hinzuweisen, daß weithin alles geschehen ist und daß die Länder doch zu einer Einsicht kommen möchten, vor allem auch die Länder, die unserer Fassung sind. Es tut mir so leid, daß das im Augenblick nicht der Fall ist. Ich weiß nicht, was für Gründe hier maßgebend sind. Es sind nicht nur zahlenmäßige Gründe, dessen bin ich sicher.

Adenauer: Ich glaube, ich muß jetzt ein Wort über Herrn Staatssekretär Grund sagen. Herr Staatssekretär Grund hat in Düsseldorf bei dem Nachfolger von Herrn Blank gelernt.²⁷

Dufhues: Er war Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium.

Adenauer: Erkundigen Sie sich dort einmal nach Herrn Grund. Sie sagen, er habe die Länder von oben herunter behandelt. (*Süsterhenn:* Ich habe nur die Zeitungen gelesen, da klang das so!) Das ist ein so konzilianter Mann, Herr Süsterhenn, das können Sie wirklich nicht sagen.

Im übrigen möchte ich den Herren aus Nordrhein-Westfalen und Herrn Schmidt sagen: Wer hat Nordrhein-Westfalen in der ganzen Kohlsache geholfen, und wer hat dabei nichts getan? Nordrhein-Westfalen hat nichts bezahlt, andere Länder haben einen Beitrag gezahlt; Nordrhein-Westfalen hat nichts getan, obwohl das Bestehen Nordrhein-Westfalens aufgrund seiner soziologischen Struktur davon abhängig ist, daß die Zechen bleiben.

Seebohm: Wir führen hier in unserem Kreise gewissermaßen zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen eine Diskussion. Wir sitzen hier als die Vertreter einer Partei und sollten deswegen versuchen, diese Gegensätze aus unseren Beratungen ein wenig auszuschalten und eine Überbrückung herzustellen.

Der Vorschlag von Herrn Dufhues ist durchaus gut. Ich meine nur, man sollte ihn nicht zu sehr als eine Angelegenheit mit wissenschaftlicher Unterstützung, sondern vielmehr als eine politische Angelegenheit vertreten. Das Ganze beruht, das haben der Herr Bundeskanzler und Herr Süsterhenn mit Recht betont, auf dem Grundgesetz. Wir haben nun einmal mit diesem Grundgesetz zu arbeiten, so unangenehm das ist. Unser Haushalt wird von den Ländern betrachtet, während wir keine Möglichkeit haben, die Länderhaushalte in irgendeiner Weise von uns aus, d. h. von der Bundesregierung und vom Bundestag aus, zu beeinflussen; wir können das nur über die politische bzw. parteipolitische Seite.

Hier muß, Herr Bundeskanzler, einmal folgendes gesagt werden. Solange Herr Schäffer und Herr Etzel das Finanzministerium leiteten, hatten wir diese Differenzen

²⁷ In der Zeit der Tätigkeit von Walter Grund in Düsseldorf (vgl. Anm. 19) war Dr. Adolf Flecken Finanzminister. – Joseph Blank (1913–1994) war von 1962 bis 1963 Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und Öffentliche Arbeiten von NW (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 16 Anm. 11).

nicht in einem solchen Maße; sie haben sich in den letzten drei Jahren gesteigert. Herr Dahlgrün ist bemüht, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Aber manche Leute sind empfindlich. Ich habe das Gefühl, daß hier menschliche Empfindlichkeiten eine große Rolle spielen. Daher nimmt man bei der Behandlung dieses Problems eine Stellung ein, die vom Standpunkt der Partei aus gesehen nicht dazu angetan ist, die Partei ihr Ziel erreichen zu lassen. Das versteht man dort nicht. Man sollte deshalb noch einmal versuchen, mit den Herren – nicht vom Standpunkt des Bundeskanzlers aus, sondern wirklich als Parteifreunde – zu sprechen. Ich weiß, daß Sie auch das getan haben. Man sollte versuchen, diejenigen, die etwas anderes denken, von anderer Seite aus noch einmal in dieser Richtung anzusprechen; ich glaube, daß das auch möglich ist.

Wir hatten im Parlamentarischen Rat und bei dem Druck, unter den wir gestellt waren, nicht die Möglichkeit gehabt, die Dinge so zu gestalten, wie wir wollten. Wir mußten, um überhaupt zu der Einheit eines Landes zu kommen, diesen Weg gehen. Damals haben wir auch noch nicht gewußt, welche Belastungen auf uns zukommen werden. Dadurch, daß der ganze Wehretat in den allgemeinen Haushalt eingebettet ist, ist gar nicht mehr zu erkennen, wodurch die Defizite entstehen. Die Länder hätten meiner Meinung nach weit mehr die Verpflichtung, sich wegen dieser Defizite durch den Haushalt für die Verteidigung an dem Bundeshaushalt zu beteiligen. Wir sollten es nicht nötig haben, die Länder zu mahnen, daß sie für die Verteidigung etwas zu zahlen haben. Eine Zuständigkeit der Länder für die Aufgaben der Verteidigung ist aber im Grundgesetz nicht in dem Maße vorgesehen, wie das notwendig wäre. Die Länder haben für die Verteidigung genauso einzutreten wie der Bund. – Diesen Gesichtspunkt sollte man ihnen gegenüber einmal viel stärker herausstellen, dann würde es auch die Partei leichter haben.

Für 1965 brauchen wir ein Rezept, mit dem wir vor das Volk hintreten und sagen können: Wir, die CDU/CSU, treten für die Erfüllung der großen Aufgaben ein, die diesem Volk zu seiner Erhaltung gestellt sind; wir werden an der Erfüllung dieser großen Aufgaben durch eine kleinliche Politik der SPD und FDP behindert. Ich nenne diese beiden zusammen, weil wir nicht vergessen sollten, auch wenn wir hier in einer Koalition mit der FDP sitzen, wie viele Regierungen von der FDP zusammen mit der SPD bestimmt werden und wieviel dort aufgebaut worden ist, um die CDU 1965 um den Erfolg ihrer Arbeit zu bringen.

Adenauer: Meine Herren, ich habe sehr sorgfältig das Gesetzgebungsprogramm geprüft, das wir im Jahre 1964 bzw. in der ersten Hälfte des Jahres 1965 verwirklichen müssen, wenn wir bei der Wahl etwas vorzeigen wollen. Ich versichere Ihnen, wenn die beiden Länder diesen Standpunkt beibehalten, dann kann der Bundestag getrost die Hälfte des Jahres nach Hause gehen; dann hat es gar keinen Zweck, daß er tagt, weil kein Geld da ist, um Ausgaben gerade auf den Gebieten zu bezahlen, die für die Wahlen so außerordentlich wichtig sind.

Dann wird also Herr Kollege Dufhues – nicht jetzt – diesen Vorschlag entwerfen, den wir dann auch mit den Ländern diskutieren werden; die Fragen: Länder – Bund

sollen dann einmal in aller Ruhe durchgesprochen werden. Ich werde versuchen, mit den Ministerpräsidenten so bald wie möglich in ein Gespräch zu kommen, um ihnen zu sagen, wie die ganzen Sachen tatsächlich liegen.

Der Bundesrat wird am Freitag tagen. (*Zuruf*: Das ist nicht zu vermeiden!) Das ist insofern unangenehm, als nach außen wieder – verstehen Sie das doch bitte – der Gegensatz zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat, geschürt durch unsere Leute, zutage tritt. Das ist doch in hohem Maße peinlich. Es muß doch jeder fühlen, daß das für unsere Partei in hohem Maße nachteilig ist.

Etzel: Ich will nur noch eine Anregung geben. Wir sollten die Rheinische Landespartei von unserer Sicht aus auf das Problem hinweisen. Morgen haben wir Vorstandssitzung in dieser Landespartei.²⁸ Da können wir diese Dinge einmal aufgreifen. Ich möchte sagen, es ist eine Stilwidrigkeit, daß Herr Meyers nicht hierher kommt. (*Beifall*. – *Zuruf*: Es ist kein Ministerpräsident da!) Ich höre gerade, daß kein Ministerpräsident da sei. Das Problem der Finanzverfassungsreform, das hier auch angeklungen ist, wird bei uns im Wirtschaftsausschuß in Angriff genommen werden müssen. Wir werden in Kürze ein Papier vorlegen können, das diese Finanzverfassungsreform mit allen Einzelheiten behandelt. Völlig ausgeschlossen ist es, diese Reform in dieser Legislaturperiode durchzubringen. Wir brauchen dazu ein verfassungsänderndes Gesetz. Deswegen ist eine Möglichkeit, die Dinge zu bereinigen, überhaupt nur über die Partei gegeben. Hier zeigt sich der große Schaden, der unserer Bundesrepublik durch die falsche Finanzverfassung zugefügt worden ist, die wir im Augenblick nicht überwinden können. Wenn wir jetzt nicht die Kraft haben, das über die Partei in Ordnung zu bringen, dann versagt die Partei; auf diesen Nenner müssen wir das Ganze bringen.

Wir müssen etwas für die Besserung des Klimas tun; wir kennen die Verhältnisse. Was Herr Starke an dem Klima verdorben hat, hat bis heute noch nicht bereinigt werden können. Das ein wenig aufzutauen, auch in Einzelheiten, scheint mir wichtig zu sein.

Im Prinzip, Herr Bundeskanzler, haben Sie völlig recht. Wir müssen die Sache über die Partei in Ordnung bringen. Die Bundespartei ist auf den Landesparteien aufgebaut. In den Landesparteien müssen im konkreten Fall – in erster Linie in Nordrhein-Westfalen – die Dinge in Ordnung gebracht werden. Das müßte doch möglich sein.

Adenauer: Ich möchte Ihnen erklären – das wird manchem von Ihnen nicht mehr so vor Augen sein –, warum zwischen Bundespartei und Landesparteien bei uns solche Schwierigkeiten entstehen können. Als gestattet wurde, Parteien zu schaffen, durften wir nur Landesparteien gründen. Die Sozialdemokratie – das war die erste und vornehmste aller Parteien – konnte eine Bundespartei gründen. Wir durften die Bundespartei erst im Jahre 1950 machen. (*Schmidt*: Nur als ein Verein von Parteien!)

²⁸ Landesvorstandssitzung der CDU Rheinland am 10. Juli 1963. Protokoll in ACDP VII-002-009/2.

Wir haben dann versucht, die schon bestehenden Landesparteien zusammenzuführen. Dadurch sind wir gegenüber der Sozialdemokratie, was das Parteiwesen angeht, weit im Hintertreffen.

Also, meine Damen und Herren, hoffentlich wird morgen bei Rheinland ein mutiges Wort fallen. Ich werde im Laufe der nächsten Woche mein Möglichstes tun, um mit den beiden Herren zusammenzukommen.

Können wir dann zu Punkt 2, Bericht über die innere Verfassung der Partei (Landesvorsitzendenkonferenz am 8. Juli 1963²⁹), übergehen. Dazu wird zunächst Herr Dufhues berichten.

BERICHT ÜBER DIE INNERE VERFASSUNG DER PARTEI

Dufhues: Die heutige Diskussion hat eindeutig klargemacht, wie gering die Einwirkungsmöglichkeiten und die Kompetenzen der Bundespartei der Christlich-Demokratischen Union sind. So entscheidend es für die weitere Entwicklung ist, welche Politik – und mit welchem Erfolg – wir betreiben, so entscheidend ist es, nach außen einig und geschlossen aufzutreten.

Wir kommen nicht daran vorbei, uns gelegentlich auch der Fälle anzunehmen, die in den Niederungen der Parteiorganisation, in den komplexen und schwierigen Verhältnissen der Kreis- und Ortsunionen anstehen; von da her wird organisatorisch, personell und geistig die Christlich-Demokratische Union in die Lage versetzt, den Auftrag zu erfüllen, der ihr heute und auch in der Zukunft gegeben ist.

Wir alle wissen, daß die bevorstehenden Monate – und die damit verbundenen Ereignisse – nicht nur bei uns in der Partei, sondern allgemein in der deutschen Öffentlichkeit als ein tiefer Einschnitt empfunden werden. Den Hoffnungen und Überlegungen – auch den Besorgnissen – gerecht zu werden und gerade in den kommenden Monaten unsere alte Führungskraft zu beweisen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union. Deshalb sollten wir uns, neben den Überlegungen, wie wir die Zeit unter Professor Erhard beginnen – und das bedarf sehr sorgfältiger Überlegungen auch vom Standpunkt der Partei her –, einer ganz selbstverständlichen und von allen empfundenen Verpflichtung nicht entziehen: dem Mann zu danken, mit dessen Namen für alle Zeiten die vergangenen Jahre, die Jahre des Aufstiegs aus unserer größten Katastrophe, verbunden bleiben.

Das Präsidium der Christlich-Demokratischen Union hat Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer gedankt, daß er auf die von mir vorgetragene Anregung eingegangen ist, uns die Möglichkeit zu geben, diesem Dank auch vor der gesamten deutschen Bevölkerung sichtbaren Ausdruck zu geben. Wir haben Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer vorgeschlagen, zu einem Zeitpunkt, der mit ihm noch abzustimmen ist, der deutschen Bevölkerung, vor allem den treuen Freunden der Union, die Möglichkeit

²⁹ Protokoll in ACDP VII-004-033/2.

zu geben, ihm diesen Dank zum Ausdruck zu bringen. Wir würden die Gefühle Millionen einfacher Menschen in nicht zu verantwortender Weise verletzen, wenn wir nicht in der rechten Form und in dem rechten Stil dem Verhältnis der Union zu diesem Mann, der diese Union maßgebend gestaltet hat, Ausdruck geben würden. Sie werden sicherlich empfinden, daß wir dabei noch andere Überlegungen anstellen müssen; aber das braucht und soll in dieser Sitzung nicht im einzelnen beschlossen werden.

Lassen Sie mich jetzt einmal auf die sehr harten Tagesprobleme der Organisationsarbeit überleiten, die ich gern einmal vortragen möchte, damit Sie daran teilnehmen und in Ihrem Bereich Einfluß auf die Arbeit nehmen können, die uns obliegt.

Beginnen darf ich mit dem Hinweis auf die Ergebnisse der letzten Meinungsumfrage. Ende Mai, Anfang Juni war – gegenüber dem Zeitraum Ende April, Anfang Mai – ein Ansteigen der Zahl der Unentschiedenen festzustellen.³⁰ Diese Tatsache ist deshalb bemerkenswert, weil die Veränderungen in der Entscheidung der Wählerschichten sich niemals oder selten von einer zur anderen Partei, sondern jeweils über den Ruhepunkt der Unentschiedenheit vollziehen. Aus dem Anwachsen der Zahl der Unentschiedenen ist zu schließen, daß Möglichkeiten nach der einen oder anderen Seite gegeben sind. Der Anteil der SPD-Stimmen hat sich gegenüber dem vorigen Monat von 36 auf 35 % ermäßigt, der Anteil der CDU-Stimmen hat sich von 31 auf 32 % erhöht; die Stimmen der FDP sind unverändert bei 6 % geblieben. Unentschieden sind rund 25 %. – Das bedeutet nicht viel, sondern kennzeichnet nur die Situation; mehr bitte ich daraus zunächst noch nicht zu schließen. In der Situation liegen allerdings Chancen, die wir nutzen sollten.

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß ich während der Zeit von September bis März alle Landesverbände besucht habe. In einzelnen Landesverbänden bin ich mehrmals gewesen. Darüber hinaus habe ich veranlaßt, daß sich die Bundesgeschäftsstelle ein sehr sorgfältiges Bild über die Situation der einzelnen Landesverbände – bis in die Kreisverbände hinein – macht.

Ich würde wahrscheinlich sehr weit an der Wahrheit vorbeigehen, wenn ich Ihnen hier sagen wollte, daß die Organisation, die personelle, technische und sonstige notwendige Ausstattung in Ordnung wären. Davon kann in weiten Bereichen überhaupt keine Rede sein. Es bleibt in den einzelnen Kreis- und Ortsvereinen noch viel zu tun, und zwar von der Einflußnahme auf die richtige Auswahl der Kreis- und Ortsvorstände bis zur Auslese der hauptamtlichen Mitarbeiter und der Ausstattung mit technischem und sonstigem Gerät.

Nicht selten zeigt sich in den kleinen Kreisverbänden und Ortsvereinen das Bild, daß sich eine soziologisch, altersmäßig und hier und da auch konfessionell sehr eindeutig bestimmte Schicht seit Jahren gegen Veränderungen behauptet, die von da und dort eingeleitet worden sind. Wir stellen in weiten Bereichen der Landesverbände – das

30 Vgl. EMNID-Informationen Nr. 29 vom 15. Juli 1963.

gilt für alle Landesverbände verhältnismäßig gleichmäßig – eine gewisse Erstarrung und wenig Leben fest.

Ich habe gestern den Herren Landesvorsitzenden einige Beispiele über die Situation der hauptamtlichen Mitarbeiter gebracht und habe ihnen von einem Kreisverband erzählt, in dem eine brave tüchtige Frau ihre Verpflichtung als Kreisgeschäftsführerin wahrnimmt, die gleichzeitig Hausfrau, Mutter und Landtagsabgeordnete und in vielfältigen Vereinen und Verbänden tätig ist. Sie ist gar nicht in der Lage, dieses Pensum an Arbeit zu bewältigen. Ich habe von einem anderen Kreisverband erzählt, in dem ein sehr verdienstvoller Mann die Führung hat, wo seit Jahren ein Kreisgeschäftsführer nicht mehr tätig ist. Vorher war ein Oberst a.D. tätig, dem man DM 150,- zur Verfügung gestellt hat, bei Gott kein Entgelt für die Aufgabe. 25 junge Leute, junge Akademiker und Arbeiter, sind dort auf den Gedanken gekommen, in diese Partei einzudringen und sie zu erneuern. Darauf antwortete der Kreisverband mit einem sehr harten Entschluß. Er verfügte eine Mitgliedersperre; es erschien unerwünscht, diese Erneuerung zu erleben. (*Zurufe.*) Ich könnte Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, ein Dutzend von Beispielen aus allen deutschen Landen vortragen, mit denen ich Ihnen diese allgemeine Besorgnis noch näher bringen könnte.

Ich darf Sie aber bitten, daran zu arbeiten, daß hier Entwicklungen eingeleitet werden, die die Parteiorganisation straffer, energischer und überzeugender bis in die kleinste Ortsunion hinein machen. Ich möchte deshalb hier noch einmal mit allem Ernst auf die statutarische Verpflichtung der Herren Landesvorsitzenden hinweisen: Sie haben eine Aufsichtspflicht. Die Kreisverbände sind zur Auskunft verpflichtet; sie haben die Aufgabe, im Einvernehmen mit den Landesvorsitzenden für eine rechte Ordnung in den Kreisverbänden zu sorgen. Nicht umsonst ist vor einigen Jahren beschlossen worden, daß die Aufsichtspflicht und das Aufsichtsrecht der Herren Landesvorsitzenden so weit geht, daß sie gelegentlich Beauftragte in die Kreisverbände entsenden können. Das steht wohl alles auf dem Papier; deshalb meine ich daran erinnern zu müssen.

Allein das Schicksal der Umfrage der Bundesgeschäftsstelle ist ein bezeichnender Ausdruck des Verhältnisses der Bundespartei zu den einzelnen Kreisverbänden. Diese Umfrage ist Anfang Februar an die Landesverbände gerichtet worden.³¹ Wir haben gemahnt und nochmals gebeten. Dennoch müssen wir zu unserem Bedauern feststellen, daß heute – trotz Nachfrist von mehreren Monaten – 17,5 % aller Kreisverbände diese Umfrage noch nicht beantwortet haben. Ein Landesverband, der aus 51 Kreisverbänden besteht, hält den Rekord: Aus ihm haben 27 Kreisverbände eine Antwort auf die Umfrage der Bundesgeschäftsstelle noch nicht gegeben.

Die Mitgliederzahlen in den einzelnen Kreisverbänden sind keineswegs überzeugend. In der Mehrzahl der Kreisverbände stagniert die Entwicklung der Mitgliederzahlen. Nur in etwa 30 % haben wir ein leichtes Ansteigen, in einem weit größeren Teil

31 Zur Umfrage der Bundesgeschäftsstelle vgl. die Protokolle der Landesvorsitzendenkonferenzen vom 22. März und 8. Juli 1963 (ACDP VII-004-033/2).

der Kreisverbände ein Absinken der Mitglieder zu verzeichnen. Von einer Verstärkung, von einer Verjüngung der Christlich-Demokratischen Union kann in den letzten Jahren ernsthaft nicht mehr gesprochen werden. Ich habe – ich könnte Ihnen die Zahlen im einzelnen nennen – einmal feststellen lassen, inwieweit die Mitglieder in den einzelnen Kreisverbänden in den Altersschichten unter 40 und über 40 Jahre liegen; die Zahlen sind einfach bedrückend. In vielen Kreisverbänden wird völlig die Aufgabe vernachlässigt, junge Kräfte nachzuziehen. Die Junge Union arbeitet ausgezeichnet. Ein großer Teil ihrer Mitglieder – zwei Drittel – sind zugleich Mitglieder der CDU. Aber die Partei als solche hat nicht den Auftrag erfüllt, sich generationsmäßig so zu erneuern und zu stärken, wie es notwendig ist.

Die soziologische Schichtung der Mitgliederzahlen ist unterschiedlich. Die diesbezügliche Aufteilung der Mitgliederzahlen gibt keine Veranlassung zu besonderen Überlegungen.

Die technische Ausrüstung der Kreisverbände ist zum Teil einfach skandalös. In vielen, vielen Kreisgeschäftsstellen fehlen die primitivsten Einrichtungen. Auch die Ausstattung mit Autos, mit sonstigem Gerät, was eine moderne Partei benötigt, genügt keineswegs den Anforderungen, die bei einem modernen Bundestagswahlkampf gestellt werden müssen.

Interessant ist vielleicht ein Überblick über die finanziellen Verhältnisse der einzelnen Kreisverbände. Ich habe den Eindruck, daß wir mit der Methode der Feststellung unserer Beiträge, die wir bisher angewendet haben, einfach nicht mehr weiterkommen. Der durchschnittliche Monatsbeitrag liegt in 63,5 % aller Kreisverbände unter DM 1,–, in 11,5 % unter DM 0,50, in 25 % zwischen DM 1,– und DM 2,–, in 6 % über DM 2,–, ohne Angaben sind 5,5 %.

Am sinnvollsten scheint mir die Gliederung im Landesverband Berlin zu sein. Hier hat man die gegebenen Möglichkeiten ausgeschöpft, um zu einer vernünftigen Staffelung der Beiträge zu kommen. Die Mandatsträger werden dabei in einer Weise engagiert, die den Vorteilen entspricht, die gelegentlich auf der Grundlage der Arbeit der Union vermittelt werden.

Ich bin dafür, daß wir bei den Beiträgen durchaus in maßvollen Grenzen bleiben, daß wir aber zu einer stärkeren Staffelung – entsprechend den Möglichkeiten des einzelnen Mitgliedes – kommen. Das scheint mir nicht nur ein soziales, sondern auch ein Gebot des Anstandes zu sein. Solange wir von der kleinen Witwe ebenso wie von dem Direktor DM 0,50 verlangen, solange ist unser Beitragssystem nicht überzeugend.

Interessant sind das monatliche Beitragsaufkommen und die regelmäßigen monatlichen Zuschüsse. Die Einnahmen aus diesen Quellen stellen sich wie folgt dar: bis zu DM 500,– je Kreisverband 46 %, bis DM 1.000,– 26 %, DM 1.000,– bis DM 1.500,– 14 %, DM 1.500,– bis DM 2.000,– 6 %, DM 2.000,– bis DM 3.000,– 5 %, DM 3.000,– bis DM 5.000,– 1,5 %, DM 5.000,– bis DM 10.000,– 1,5 %. Sie sehen, daß in weiten Bereichen – 46 und 26 % – die Möglichkeiten, die an sich gegeben wären, nur unvollkommen ausgenutzt werden.

Alle diese Fragen sind mit allen Einzelheiten gestern mit den Landesvorsitzenden besprochen worden. Ich darf einige Überlegungen mitteilen, die das Ergebnis der gestrigen Aussprache darstellen. Ich werde dieses Ergebnis als einheitliche Auffassung der Landesvorsitzenden ansehen und danach verfahren. Alle vertretenen Landesvorsitzenden waren dieser Ansicht; die nicht vertretenen scheinen ihr ebenfalls zuzustimmen. Wir können ja nicht warten, bis einmal alle anwesend sind, sonst kommen wir überhaupt nicht weiter.

Wir waren uns darüber einig, zunächst für jeden Bundestagswahlkreis eine den modernen Erfordernissen entsprechende Kreisgeschäftsstelle mit einem hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer, mit einer Sekretärin, mit Kraftwagen und dem notwendigen Gerät einzurichten. Das scheint eine Aufgabe zu sein, der wir uns nicht entziehen können. Es ist das Minimum, daß wir in einem Bundestagswahlkreis einen Kern haben, von dem aus die Aufgaben gelöst werden, die unserer Partei gestellt sind.

Das wird natürlich bei einzelnen Kreisverbänden zu finanziellen Schwierigkeiten führen. Ich appelliere hier an die Verantwortung der Landesverbände. Ich bin der Meinung, daß alle diese hauptamtlichen Mitarbeiter durch den Landesverband und nicht durch den einzelnen Kreisverband angestellt werden sollten. Der Landesverband muß und sollte alle Möglichkeiten ausschöpfen; das ist keineswegs selbstverständlich. Es gibt viele, auch große Landesverbände, die gar nicht daran denken, auch die hauptamtlichen Mitarbeiter in den Kreisen durch den Landesverband anzustellen. Es scheint mir das Minimum einer klaren Ordnung der Verhältnisse der Kreisgeschäftsstelle zu sein, daß diese Dinge zentral durch den Landesverband geregelt werden. (*Zuruf.*) Über Einzelheiten können wir später noch sprechen. In Westfalen haben wir jedenfalls die besten Erfahrungen damit gemacht, daß es nur vom Landesverband angestellte Mitarbeiter gibt. Das sichert eine gleichmäßige und ausgewogene Besoldung und gibt die Möglichkeit eines Austausches innerhalb der Kreisverbände. Ich habe den Eindruck, daß hierin eine Maßnahme liegt, die uns wesentlich vorwärtsbringen würde.

Wir müssen auch der Auswahl der hauptamtlichen Mitarbeiter mehr Aufmerksamkeit widmen. Gestern ist von den Herren Landesvorsitzenden sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, unsere hauptamtlichen Mitarbeiter zu fördern. Wir sollten diese Verpflichtung sehr ernst nehmen. Wichtig scheint mir zu sein, daß wir hinsichtlich der Höhe der Besoldung und der Einstellungsbedingungen endlich zu angemessenen Lösungen kommen. Wir haben zahlreiche Mitarbeiter, die für wenige hundert Mark tätig sind. Das ist einfach kein Entgelt für die Arbeit, die wir verlangen müssen.

Deshalb glaube ich, daß wir richtig beraten sind, wenn wir seit einiger Zeit daran arbeiten, möglichst zu einer einheitlichen Besoldung unserer hauptamtlichen Mitarbeiter in allen Landesverbänden zu kommen. Es wird darüber hinaus ein Vertragsschema entworfen werden, das für alle Landesverbände und die Kreisparteien Geltung haben wird. Nur so kann eine gewisse Einheitlichkeit geschaffen werden, die uns die Möglichkeit gibt, unsere hauptamtlichen Mitarbeiter nicht nur innerhalb der einzelnen Landesverbände, sondern auch von dem einen Landesverband in den anderen zu

versetzen. Es kann nichts schaden, wenn ein Westfale sich einmal in Baden-Württemberg umsieht oder wenn ein Schwabe einmal nach Schleswig-Holstein versetzt wird. Dadurch soll erreicht werden, daß das Bewußtsein von der Einheitlichkeit der Partei in diesen Kreisen geweckt wird und daß der Geist von Baden-Württemberg gelegentlich einmal in Schleswig-Holstein leuchtet, und umgekehrt.

Das Präsidium der Christlich-Demokratischen Union hat in der letzten Sitzung ein Versorgungswerk genehmigt³², das unseren hauptamtlichen Mitarbeitern eine zusätzliche Versorgung sichert und garantiert. Innerhalb des Haushaltes der Bundespartei werden jährlich für diesen Zweck etwa DM 700.000,- zur Verfügung gestellt. Das ist eine große Anstrengung. Aber wenn wir unseren Mitarbeitern nicht die Sorgen nehmen, die sie wegen ihres Lebensabends und wegen ihrer Angehörigen haben, werden wir niemals jene qualifizierten Kräfte bekommen, die wir brauchen; diese werden nämlich auf eine angemessene Besoldung Wert legen. Wir brauchen solche Kräfte, die sich vertrauensvoll der Christlich-Demokratischen Union anvertrauen.

Sehr eingehend haben wir uns mit den Problemen des Vertrauensleutesystems befaßt; ich bitte Sie, dieser Frage Ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Sie alle wissen, daß wir nicht mehr die staatlichen und außerstaatlichen Einrichtungen haben, die den Menschen als Ganzen erfassen, meinetwegen die Stände des Mittelalters oder die Einrichtungen, die im kirchlichen Bereich bestanden. Unsere Gesellschaft ist weitgehend strukturiert durch Vereine, Verbände, Organisationen, die bestimmte Interessen des einzelnen wahrnehmen und die einzelnen veranlassen, sich eben diesen Organisationen anzuschließen. Wir würden als Partei an dieser Entwicklung völlig vorbeigehen, wenn wir nicht dafür Sorge tragen würden, daß wir in den vielfältigen Organisationen, die Macht ausüben, die Einfluß haben, gleichfalls vertreten sind. Darüber hinaus müssen wir bei der Entwicklung des Vertrauensleutesystems auch daran denken, daß wir regional vertreten sind.

Deshalb sind vor einigen Monaten Schritte eingeleitet worden, um wieder ein Vertrauensleutesystem entwickeln zu können. Sie wissen, daß wir uns bereits in den Jahren 1953 und 1957 darum gekümmert haben. 1956/57 haben wir 36.000 Vertrauensleute gehabt, 1961/62 waren es 29.000. Diese Vertrauensleute haben den Auftrag, unmittelbar vor den Bundestagswahlen Material zu verteilen, zu werben und für die CDU tätig zu sein. Aus finanziellen Gründen haben wir dieses Vertrauensleutesystem nach den Bundestagswahlen jeweils wieder fallenlassen.

Nach meiner Auffassung erfordert die Vorbereitung der Bundestagswahl 1965 derartig intensive Anstrengungen, daß wir das Vertrauensleutesystem jetzt wieder entstehen lassen müssen. Deshalb haben wir vor einigen Monaten die Landesverbände gebeten, daran mitzuwirken. Mit drei Ausnahmen haben alle Landesvorsitzenden positiv geantwortet. Bisher ist ländermäßig eine Zahl von rund 10.000 Vertrauensleuten erfaßt. Ich habe allerdings den Eindruck, daß dabei in den einzelnen Kreisen die Vertrauensleute nicht mit der Sorgfalt ausgelesen worden sind, wie das notwendig

32 Sitzung des Präsidiums der CDU am 21. Juni 1963. Protokoll in ACDP VII-001-053/1.

ist. Offenbar hat man alte Karteilisten herausgezogen. Ich habe nicht den Eindruck, daß eine wirklich kritische Auslese der Vertrauensleute erfolgt ist. Deshalb bitte ich Sie, auch dieser Frage nachzugehen und dafür zu sorgen, daß wir zu einer Auslese von Personen kommen, auf die wir uns ernsthaft stützen können, und zwar sowohl in den Vereinen und Verbänden wie regional bis in die Betriebe hinein; über die letzte Frage werde ich mit Herrn Katzer noch einmal im einzelnen sprechen.

Das Vertrauensleutesystem kann nur dann funktionieren, wenn einige Voraussetzungen erfüllt sind und die entsprechenden Maßnahmen durchgeführt werden. Dazu gehört die kostenlose Belieferung der Vertrauensleute mit periodischem Informationsmaterial, mit aktuellen Informationen bei besonderen Ereignissen, Ereignissen, die insbesondere bei Bundestagswahlen eintreten können. Dazu gehört aber auch folgendes, und ich bitte Sie eindringlichst, dafür zu sorgen: daß die Kreisvorsitzenden die Vertrauensleute ihres Bezirkes in monatlichen Abständen – mindestens aber in dreimonatlichen Abständen – um sich vereinigen, daß sie ihnen die Möglichkeit einer sorgfältigen, intensiven und sie zu Vertrauten machenden Information geben und ihnen gleichzeitig die Bedeutung ihres Auftrages und ihrer Aufgabe ins Gewissen rufen. Nur dann, wenn die Kreisvorsitzenden sich persönlich dieser Vertrauensleute annehmen – und sie nicht nur in Karteien führen – und Kontakt mit ihnen unterhalten, werden wir mit dieser Aktion Erfolg haben, die eine der wichtigsten Anstrengungen zur Vorbereitung des nächsten Bundestagswahlkampfes darstellt.

Sie wissen, daß die Sozialdemokratie sehr erfolgreich mit diesem System der Vertrauensleute arbeitet. In der Weimarer Zeit hat sich die eine oder andere Partei, die damals bestand, wie z. B. das Zentrum, gleichfalls erfolgreich, wenn auch unter anderen Gesichtspunkten, auf ein Vertrauensleutesystem gestützt. Wir sollten dafür sorgen, daß wir zum selben Ergebnis kommen. Ich habe mir sagen lassen, daß Herbert Wehner in Hamburg über 10.000 Vertrauensleute verfügt. Er braucht nur auf einen Knopf zu drücken, dann sind sie da. Das werden wir niemals erreichen. Wir sollten aber im Rahmen der sicherlich eingeschränkten Möglichkeiten der CDU hier nach dem Rechten sehen.

Die Mitgliederwerbung war ein weiterer Gegenstand der gestrigen Besprechung. Die Unterlagen für die Durchführung einer Werbung sind vorbereitet. Ich hoffe, daß auch die Kreisvorsitzenden inzwischen die sehr ausführlichen und wohlgedachten Anweisungen zur Mitgliederwerbung erhalten haben, die in der Tat durchgearbeitet werden müssen. Sie enthalten Gedanken und Überlegungen, die einer modernen Mitgliederwerbung entsprechen. Sie haben bereits den ersten Schaukalender erhalten, der der Werbung dienen soll. Eine zweite stark bebilderte Schrift wird Ihnen zugehen. Die Mitgliederwerbung soll im Herbst – September/Oktober – beginnen. Ich hoffe, daß die Herren Landesvorsitzenden und Sie alle sich dieser wichtigen Aufgabe annehmen. Es muß bis zum 1. April nächsten Jahres erreicht werden, daß wir mindestens 100.000 Mitglieder mehr in der CDU haben als jetzt. Das ist keine Utopie, sondern ein durchaus reales Ziel, wenn ich an die Erfolge der letzten Monate in einigen Kreisen denke.

Von Bedeutung scheint mir ferner die richtige Auslese unserer Vorstandsmitglieder in den Kreisverbänden und Ortsunionen zu sein. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß wir uns zu sehr honorationenmäßig geben, daß wir uns zu sehr gegen alle die Kräfte abschirmen, die von außen zu uns kommen und Einfluß gewinnen möchten. Es wird notwendig sein, daß die Landesvorsitzenden sich mehr als in der Vergangenheit der Wahlen der Kreisvorsitzenden annehmen und dort, wo es notwendig ist, für eine Erneuerung und Verbesserung der persönlichen Verhältnisse sorgen. Das ist sicherlich schwierig und erfordert sehr viel Taktgefühl gerade gegenüber den bewährten Kräften, die seit 1945 harte und verantwortungsbewußte Arbeit geleistet haben. Aber mit der nötigen Behutsamkeit und dem nötigen Taktgefühl wird das möglich sein.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch dieser Frage Ihre Aufmerksamkeit widmen würden. Ich bin der Auffassung, daß das Ansehen der Christlich-Demokratischen Union entscheidend von dem Rang der Politik bestimmt wird, die wir betreiben, aber auch von den Persönlichkeiten, die uns in Bund, Ländern und Gemeinden repräsentieren. Wenn es uns gelingt, angesehene, integere, durch ihre menschliche Haltung überzeugende Persönlichkeiten zu gewinnen – das ist keine Frage des sozialen Standes –, dann ist das auch die Grundlage für die Gewinnung jener Kräfte, die in den einzelnen Gemeinden und Kreisen auf die Dauer die Arbeit der Christlich-Demokratischen Union stützen werden. Gerade auf diese Frage sollten wir besonderes Gewicht legen. *(Beifall.)*

Burgbacher: Nur ein paar ganz kurze Bemerkungen zu den Finanzfragen. An Mitgliederbeiträgen gehen bei der CDU – immer ohne CSU – 2 Millionen DM im Jahr ein, bei der SPD 11 Millionen DM. Die SPD hat auf ihrem Kölner Parteitag die Beiträge zwischen 50 und 70 % erhöht.³³ Dieser Beschluß ist mit 70 % effektiert worden. Wir haben die genannten 64 % unter DM 1,-, die SPD hat 30 % unter DM 1,-. Wenn man den Etat der SPD und der CDU/CSU mit je 30 Millionen DM für Bund, Länder und Gemeinden annimmt und für die CDU allein mit 22 Millionen DM, dann sind durch Mitgliederbeiträge bei der SPD 35 % des Gesamtbedarfs und bei uns maximal 10 % gedeckt. Wenn man dann noch rechnet, daß die SPD durch Wiedergutmachung, Einkommen aus Vermögen, Umsatzvergütungen ihrer Zeitungen usw. 6 Millionen DM sowie vom Bund 8 Millionen DM und von den Ländern 4 Millionen DM erhält, dann hat sie 29 Millionen DM. Die CDU hat dagegen von den notwendigen 22 Millionen DM – mit CSU 30 Millionen DM – nicht 95 % sondern nur 50 % gedeckt.

Nun hat sich das Präsidium in der letzten Sitzung mit einigen dieser Fragen befaßt. Unser Freund Dufhues hat den Beschluß über das Versorgungswerk schon angeführt. Es wurden noch andere Beschlüsse gefaßt, die noch wichtiger sind.

³³ Vorstand der SPD (Hg.): Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 26. bis 30. Mai 1962 in Köln. Bonn 1962 S. 520 f., S. 639 f.

Der erste Beschluß geht dahin, daß das Parteiengesetz schnellstmöglich in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll.³⁴ In dieses Parteiengesetz soll eine Spendenregelung aufgenommen werden, die das Karlsruher Urteil respektiert. Ich will nicht alle Einzelheiten anführen. Die Spendenregelung soll im Prinzip darin bestehen, daß jemand, der einer politischen Partei etwas spendet und darüber eine Quittung hat, davon einen gleichhohen Prozentsatz an seiner Steuer aufrechnen kann. Dieser gleichhohe Prozentsatz ist eine Folge des unglücklichen Karlsruher Urteils.

Ein weiterer Beschluß des Präsidiums geht dahin, daß wir im Bundeshaushalt 1964 statt 20 Millionen DM 30 Millionen DM eingesetzt haben wollen, weil wir inzwischen feststellen mußten, daß die Bemühungen der Wirtschaft, uns zu helfen, bisher – ich will mich vorsichtig ausdrücken – zu äußerst geringen Erfolgen geführt haben und wir sehr besorgt sind, ob wir uns darauf verlassen können.

Es wird Sie noch interessieren, was wir jetzt erreicht haben. Im Augenblick bekommen die im Bundestag vertretenen politischen Parteien aus dem Bundeshaushalt 20 Millionen ohne Zweckbestimmung – außer Artikel 21 Grundgesetz – und aus anderen Haushalten noch einmal 10 Millionen DM, so daß wir also 30 Millionen DM in öffentlichen Haushalten haben. Unter den Schatzmeistern der drei Parteien findet gelegentlich ein privater Gedankenaustausch statt, daher weiß man solche Zahlen. Es haben also wie gesagt die SPD und die CDU/CSU einen Bedarf von je 30 Millionen DM und die FDP einen solchen von ungefähr 8 Millionen DM. Von diesen rund 70 Millionen DM sind bis jetzt durch Etatisierung rund 30 Millionen gedeckt, vom nächsten Jahr ab wären es dann vielleicht 40 Millionen DM. Auch wenn wir das Parteiengesetz mit dieser Spendenregelung bekommen, haben wir noch lange nicht die Spenden. Ich bin in diesen Fragen sehr skeptisch geworden.

Ich hoffe und bitte sehr herzlich darum, daß alle mithelfen, daß das Parteiengesetz wirklich über die Bühne gezogen wird. Der Herr Bundesinnenminister, unser Freund Höcherl, ist mit seinem Entwurf fertig. Den Mitgliedern des Haushaltsausschusses muß ich ganz klar sagen, daß nichts anderes als das, was ich eben erwähnte, übrigbleiben wird.

Katzer: Ich möchte mir erlauben, nach unserer Bundestagung ein paar Worte zu sagen.³⁵ Der Herr Bundeskanzler hat uns ja ein lobendes Wort gesagt; ich bin dankbar, das auch an unsere Freunde in den Sozialausschüssen weitergeben zu dürfen.

34 Das Parteiengesetz wurde erst am 24. Juli 1967 verkündet (BGBl I S. 773). Vgl. Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz). Textausgabe mit Einführung und Stichwortverzeichnis (Schwartz-Gesetzestexte Heft 50). Göttingen 1968. In der Vierten Wahlperiode brachten die Fraktionen der CDU/CSU, FDP (Drs. IV/2853) und die Fraktion der SPD (Drs. IV/3112) Gesetzentwürfe ergebnislos ein.

35 10. Bundestagung der Sozialausschüsse am 6./7. Juli 1963 in Oberhausen. Bericht in „Soziale Ordnung“ Nr. 8/9 August/September 1963. – FAZ vom 9. Juli 1963 „Christlich-demokratische Sendboten in der Arbeiterschaft“; „Die Welt“ vom 8. Juli 1963 „Linker Flügel der CDU will in der Partei mehr zu Wort kommen“; „Bonner Rundschau“ vom 8. Juli 1963 „Linker Flügel für Steuerreform“.

Überraschend war auch die sehr starke Diskussionsfreudigkeit. Die Arbeitskreise haben bis 10 Uhr, 10.30 Uhr gearbeitet. Gerade der Arbeitskreis Parteireform hat bis nach 10 Uhr getagt.

Hier war sichtbar geworden, daß die Arbeiterschaft das Gefühl hat – ob zu Recht oder zu Unrecht, lassen wir dahingestellt –, sie komme in der Union zu kurz. Ferner zeigte sich, daß sie in den Betrieben den Sozialisten hilflos gegenübersteht. In den Betrieben kumuliert sich die sozialistische Betriebsgruppenarbeit mit den Gewerkschaftsgruppen, insbesondere der IG Metall.

Herr Bundeskanzler, Sie haben diese Frage mit Recht angeschnitten. Ich war dankbar, daß Sie heute – im Gegensatz zu früheren Äußerungen – nur die IG Metall herausgegriffen haben. Ich würde das aus taktischen Gründen sehr empfehlen.

Ich will das noch mit einem Wort ergänzen. Ich habe versucht, in dem Rechenschaftsbericht, den ich gegeben habe, eine sehr scharfe Abgrenzung gegenüber der SPD vorzunehmen, und ich habe sehr scharfe Angriffe gegen die Gewerkschaften geführt; ich habe insonderheit den DGB – in bezug auf die Betriebsarbeit – mit Namen genannt. Das Ergebnis war nicht etwa, daß man jetzt zurückschlägt. Zu meiner großen Überraschung lese ich in der Zeitung, es werde sehr begrüßt, daß der neue Vorsitzende eine weitgehende Übereinstimmung betont habe. Was für ein fauler Zauber! Ich habe sehr deutliche Worte gesprochen. Statt dessen geht der DGB hin und begrüßt das alles.

Wir haben den Kollegen Blank auf dieser Bundestagung in der Sache des Sozialpakets³⁶ in jeder Weise unterstützt; das bitte ich einmal sagen zu dürfen. Es sind noch einige Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Einkommensgrenze und der Versicherungspflicht vorhanden. Ein zweiter Punkt bezog sich auf die Freistellung der Rentner. Die von uns gegebenen Anregungen sollte man aufgreifen, damit unsere Freunde in die Lage versetzt werden, jetzt das Sozialpaket draußen zu vertreten. In dem betreffenden Arbeitskreis waren weit über 100 Kollegen. Es wurde sehr hart diskutiert, und der Kollege Blank wurde zum Teil von jungen Leuten sehr hart angegriffen. Es ist aber ein grotesker Zustand, wenn nachher von den genannten Leuten gesagt wird, man sei in der Sache gar nicht so weit auseinander. Ich glaube, daß wir das Sozialpaket mit einem positiven Effekt für die Arbeitnehmerschaft durchziehen können.

Dazu ist allerdings notwendig, Herr Bundeskanzler, daß man aus dieser klein-karierten Diskussion um das Sozialpaket herauskommt, bei der man immer nur die Frage der Kostenbeteiligung sieht; diese Frage sollte wirklich einmal zwischen Partei und Bundesregierung überprüft werden. Wir haben mit unserer Bundestagung einen

36 Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Drs. IV/816), Entwurf eines Gesetzes über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall (Drs. IV/817) und Entwurf eines Bundeskindergeldgesetzes (Drs. IV/818) vom 7. Dezember 1962.

entscheidenden Beitrag zur Beseitigung der Hemmnisse geleistet, die da bestanden haben.

Zur Steuerpolitik lag ein Antrag von Hessen vor. Wir haben die Anträge, wie es demokratischer Gepflogenheit entspricht, vorher allen unseren Freunden zugestellt. Ich bin gern bereit, auch Ihnen diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Nebenbei darf ich bemerken, daß die organisatorische Vorbereitung der Tagung ganz hervorragend gewesen ist. Der Eindruck, den die Öffentlichkeit hier bekam, war für die Union wirklich positiv. Das war ein Auftakt für ein verstärktes Wirken der Union in die Arbeiterschaft hinein. Diesen positiven Aufschwung sollten wir noch vor der Ferienzeit für unsere Union ausnutzen.

Nun wieder zur Finanzpolitik! Hierzu lag der Antrag von Hessen als selbständiger Antrag eines Landesverbandes vor. Er enthielt zum Teil sehr harte Formulierungen. Wir haben auf unsere hessischen Freunde eingewirkt, daß diese Entschließung nicht als Forderung verabschiedet wurde, sondern als Beratungsthema auf unseren Tisch kommt.

Nun kam in der Pressebesprechung immer wieder die Frage: Was haben Sie jetzt vor? Die Antwort lautete – alle Beteiligten stimmten hier überein –: Wir haben vor, diese Frage z. B. im Parteivorstand zur Erörterung zu stellen.

Herr Stüsterhenn hat vorhin Herrn Etzel daran erinnert, daß er nach der Bundestagswahl den Vorsitz in diesem Ausschuß übernommen habe. Ich habe die herzliche Bitte an den Parteivorstand, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, Vertreter des Wirtschaftsausschusses, des Mittelstandsausschusses und des Sozialausschusses zu einer Beratung dieser Vorschläge zusammenzubringen.

In diesem Zusammenhang darf ich auch die bekannte Broschüre erwähnen und das, was hierüber berichtet wurde.³⁷ Ich habe mich nicht gegen die Verteilung der Broschüre gewandt, sondern nur gesagt, ich hätte dann die Bitte, daß auch unsere Vorschläge gelesen werden. Auch das, was unsere Freunde beschlossen haben, soll in der Partei ein Echo finden. Wir sind ein Teil der Union, wir sind ein Teil der Partei. Wir vertreten nur eine Gruppe in der Union, und wir stehen anderen Schichten in der Union gegenüber. Meine Bitte: man solle uns diese Chance der Auseinandersetzung mit anderen Gruppen geben.

Wenn es möglich wäre, den Beschluß zu fassen, ein solches Gremium aus diesen drei Kreisen zusammenzubringen, würde das die positiven Ergebnisse unserer Tagung unterstützen.

Etzel: Ich möchte von mir aus unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler heute über die Bedeutung der Sozialausschüsse gesagt hat; ich bejahe das völlig. Ich habe das in langen Jahren durch konkrete Maßnahmen bewiesen.

Ich habe mich auch, wenn besondere Probleme vorlagen, bemüht, nach außen ein Bild der CDU erscheinen zu lassen, das keine Gegensätze zeigte. Herr Katzer, ich

37 Franz ETZEL: Steuererhöhungen? Nein! Bonn 1963. – Vgl. „Die Welt“ vom 5. Juli 1963 „Etzel: Erhöhungen der Steuern eine Katastrophe für die Wirtschaft“.

darf Sie an das Problem Tarifpolitik erinnern, wo wir in der taktischen Behandlung der Dinge völlig einig gewesen sind.

Um die Tagung in Oberhausen ist ein starker Wirbel entstanden. Ich habe auf diesen Wirbel nur reagiert, weil ich Sorgen wegen der Optik hatte. Es ist absolut notwendig, daß wir tiefer bei der Arbeiterschaft eindringen. Ebenso notwendig ist es aber auch, daß wir nicht im gleichen Atemzuge die Mauer, die wir auf der anderen Seite aufgebaut haben, wegfegen. Darum ist es mir gegangen.

Die Schrift, die ich gemacht habe, ist nur zufällig zeitlich mit dieser Tagung erschienen. Als auf der Pressekonferenz gefragt wurde, was ist los, habe ich versucht, das Problem zu bagatellisieren. Daraus sind einige Mißverständnisse entstanden. Das wollte ich nicht.

Das, was aus den Anträgen von Hessen hervorragt, ist nicht das, was uns verbindet. Es sind einige Dinge drin, zu denen man ja sagen kann; es gibt aber auch eine ganze Anzahl, die einfach nicht zu machen sind. Darüber muß diskutiert werden.

Wir haben heute morgen das Thema in der Fraktionsvorstandssitzung³⁸ angesprochen, leider in Ihrer Abwesenheit. (*Katzer*: Ich gehöre dem Fraktionsvorstand nicht an!) Aber Herr Arndgen hat es vertreten. Wir haben es heute morgen schon diskutiert. Im Wirtschaftsausschuß und im Mittelstandsausschuß der Partei sind Ihre Freunde schon drin. Es scheint der Inhalt Ihres Antrages zu sein, daß es auch zwischen den Gruppen noch einmal diskutiert wird. (*Katzer*: Das wäre mein Wunsch!) Ein Gespräch ist immer etwas Vernünftiges. Wir sollten eine Brücke und nicht einen Graben suchen.

Adenauer: Darf ich zu den Sozialausschüssen noch ein Wort sagen. Wir haben nicht zu bestimmen, wer in den Vorstand der Fraktion hineinkommt. Wir können aber doch gewisse Anregungen geben. Ich glaube, wir sollten die Anregung geben, daß der Vorsitzende der Sozialausschüsse in den Vorstand der Bundestagsfraktion hineinkommt. (*Beifall*.) Dann können wir das Herrn von Brentano mitteilen. Ich nehme an, der Fraktionsvorstand wird gern damit einverstanden sein. – Ich halte auch die Anregung von Herrn Katzer für richtig, daß die Sache in den anderen Ausschüssen zur Diskussion kommt.

Eines möchte ich aber im Hinblick auf die Einheit der Partei betonen, und das gilt nicht speziell für diesen Ausschuß, sondern für alle Ausschüsse: Die Ausschüsse sollen ihre Beschlüsse nicht selber veröffentlichen, sondern die Beschlüsse müssen durch den Parteivorstand gehen. Sonst besteht die Gefahr, daß von irgendeinem der vier Ausschüsse Beschlüsse herauskommen, die wir nachher nicht durchführen können.

Dichtel: Herr Bundeskanzler, Sie haben in Ihren ersten Ausführungen darauf hingewiesen, was in der nächsten Zeit insbesondere nach der finanziellen Seite hin unbedingt erfolgen solle und müsse. Ich darf bei diesem Tagesordnungspunkt kurz die Sorgen von Baden-Württemberg vortragen.

38 Protokoll in ACDP VIII-001-1504/1, hier S. 3 f.

Wir haben uns heute vor dieser Sitzung sehr eingehend mit Herrn Dufhues darüber unterhalten, wie der Landtagswahlkampf bei uns eingeleitet werden soll. Wir können uns mit dieser Frage nicht früh genug befassen. Einzelheiten brauche ich nicht vorzutragen. Aber ein Anliegen möchte ich den hier Anwesenden bekanntgeben.

Wir haben bei der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg erheblich darunter zu leiden gehabt, daß zu dem Zeitpunkt, wo unsere Wahlen waren, der kolossale Wirbel um das Sozialpaket entstanden war. Dies wurde im ganzen Land ausgetragen. Wir haben damals erlebt, daß die Gewerkschaften in öffentlichen Massenversammlungen mit Tausenden von Menschen diese Fragen angeschnitten haben. Was uns sehr stark betrübt hat, war, daß der Wirbel umsonst gewesen ist. Die Rechnung mußte von uns bis zum letzten Pfennig bezahlt werden.

Im April/Mai kommenden Jahres haben wir wieder Wahlen. Sie haben soeben erfreulicherweise erklärt, daß ernsthaft versucht werde, etwa bis zum 1. Januar kommenden Jahres das Sozialpaket zum Tragen zu bringen. Es hat uns alle mit großer Freude erfüllt, daß nun ernsthafte Schwierigkeiten nicht mehr vorhanden sind. Diese Frage, die seit langen Jahren in der Diskussion ist, muß irgendwie vom Tisch gebracht werden.

Darf ich heute in dieser Sitzung von Baden-Württemberg aus die herzliche Bitte aussprechen, daß sich das Präsidium und die verantwortlichen Instanzen in der nächsten Sitzung einmal sehr eingehend darüber unterhalten, wie man uns die Dinge im kommenden Frühjahr erleichtern kann. Es ist nicht erwünscht, daß diese Fragen im kommenden Frühjahr erneut ausgetragen werden. Wir wollen der Sache selber nicht zu nahe treten. Ich meine aber, wir könnten die Behandlung zeitlich so gestalten, daß wir zu einer guten Regelung kommen.

Der Wahl in Baden-Württemberg sollten wir eine große Bedeutung beimessen; es ist die letzte entscheidende größere Wahl vor den Bundestagswahlen. Meiner Meinung nach wird davon schon eine sehr weitgehende Weichenstellung für die Bundestagswahlen ausgehen. Deswegen die herzliche Bitte, alles zu vermeiden, was möglich ist.

Adenauer: Meine Damen und Herren, Herr Dichtel hat hundertprozentig recht. Dieses Sozialpaket muß jetzt endlich durchgehen. Wer nicht will, der muß sagen, warum er nicht will, und dem muß man antworten. (*Zuruf:* FDP!) Dann werden wir sicher von der SPD Hilfe bekommen, wenn die FDP nicht will. Die FDP will doch eine Volkspartei werden.

Herr Dichtel, wenn wir nun die beiden Herren Ministerpräsidenten nicht dazu bekommen, dann bliebe, um das Sozialpaket zu starten, nur noch folgender Ausweg übrig: Wir führen die Ergänzungssteuer ein³⁹; Sie wissen, daß die vorgesehen ist.

39 Minister Starke hat sich stets dagegen verwandt (vgl. Rede vom 7. November 1962 – Haushaltsreden S. 144). – Die diskutierte Ergänzungsabgabe (3 %) wurde durch das Zweite Steueränderungsgesetz vom 21. Dezember 1967 eingeführt (BGBl I S. 1254).

(Zuruf: Vor den Wahlen?) Sicher ist das vor den Wahlen gefährlich. Die Ergänzungssteuer bleibt uns ganz. Nun hat mir dieser Tage ein Herr gesagt – das kann man natürlich nicht durchbekommen –, man solle die Einkommensteuer entsprechend ermäßigen. Dadurch würden die Länder ein bißchen geschreckt. Der Gedanke ist zu schön, um durchgeführt werden zu können. (Heiterkeit.) Die Sozialgesetze können wir nicht durchbringen, wenn die Herren nicht nachgeben. Dann würden wir eben zur Ergänzungssteuer greifen müssen. Diese Frage braucht jedoch heute nicht entschieden zu werden. Aber sie muß auf einer der nächsten Sitzungen entschieden werden.

Stoltenberg: Wir hatten heute eine lange Aussprache im Fraktionsvorstand über das Sozialpaket. Ich muß hierüber leider folgendes sagen – an sich wäre das Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden. Aus dem Bericht der zuständigen Herren des Arbeitskreises – der Kollegen Stingl⁴⁰ und Ruf⁴¹ – ging hervor, daß zwar die sachlichen Schwierigkeiten innerhalb der CDU, die uns damals außerordentlichen Kummer bereiteten, wohl überwunden sind, daß aber das Gesetzgebungsverfahren über das Krankenversicherungsgesetz im Sozialpolitischen Ausschuß bei der Schwierigkeit der Materie – über 300 Paragraphen – und der Entschlossenheit der SPD, im Ausschuß paragraphenweise zu beraten, nicht zum 1. Januar abgeschlossen werden kann. Nach diesem Bericht der Kollegen haben wir uns heute morgen auf eine Beratung bis zum Frühjahr eingestellt. Bis jetzt sind zehn Paragraphen von 300 – bei einem beschleunigten Verfahren – beraten.

Adenauer: Meine Meinung ist, daß jetzt die Fraktion das Parlament führen muß. Das muß gemacht werden; nicht nur diese Sache, sondern auch andere Sachen müssen angepackt und durchgeführt werden. Die Notstandsgesetze!⁴² Meine Herren, wenn ich da einmal mein Herz über den Bundestag ausschüttete, würden Sie staunen; da würde ich noch erregter sprechen als über die Länderministerpräsidenten. So sehen Sie, wie man seinen Ärger hat. Es ist das letzte ordentliche Arbeitsjahr, das der Bundestag hat. Da muß er so viel schaffen, daß er damit klar bestehen kann.

Katzer: Die Zahl 300 Paragraphen ist nur optisch so erschreckend. Im Grunde kommt es auf drei Dutzend Paragraphen an. Das andere ist relatives Beiwerk. Da muß man einen Willen dahintersetzen. Wenn der Wille der Fraktion dahintersteht, kann das bis Ende des Jahres erreicht werden. Wenn man aber vor 300 Paragraphen kapituliert, wird man das Ziel nicht erreichen.

Gurk: Der Zeitdruck, der hier erwähnt wird, besteht auch in den Ländern. Ich habe als Landtagspräsident in Baden-Württemberg dieser Tage von den Fraktionen ein

40 Josef Stingl (geb. 1919), 1953–1968 MdB (CDU, 1963–1968 Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1213 Anm. 50.

41 Thomas Ruf (1911–1996), Mitgründer der CDU in Esslingen, 1946–1951 Mitglied im Kreistag und im Stadtrat Esslingen, 1953–1972 MdB. Autobiographie in: ABGEORDNETE 9.

42 Mit dem 17. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 (BGBl I S. 709) wurde ein Notverfassungsrecht in des Grundgesetz eingefügt. Vgl. dazu PROTOKOLLE 3 S. 845–860.

klares Arbeitsprogramm gefordert, das im letzten Jahr durchgezogen werden muß und kann. Der Kulturpolitische Ausschuß des Landtages ist gezwungen worden, mehr Sitzungen – auch samstags – anzuberaumen. Bei uns wird den kritischen Ausschüssen auferlegt, mehr zu arbeiten oder sich in der Behandlung von Bagatelangelegenheiten zu mäßigen.

*Varelmann*⁴³: Im Ausschuß für Arbeit behandeln wir das Kindergeldgesetz und das Gesetz über die Lohnfortzahlung. Unter dem Vorsitz des Kollegen Scheppmann⁴⁴ wird dort sehr zügig und fleißig gearbeitet. Im Ausschuß für Sozialpolitik sind die Beratungen schwerfällig. Das ist nicht allein die Schuld der SPD, sondern geht zum Teil auch auf das Schuldkonto unserer Kollegen. Ich würde es für sehr gut halten, wenn wir alle Kraft darauf verwendeten, unsere Kollegen im Sozialpolitischen Ausschuß zu einer Änderung zu beeinflussen.

Ich hatte vor einiger Zeit eine Versammlung zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, in der das Sozialpaket behandelt wurde. Da sagte der Sprecher der SPD, die CDU wolle nur deshalb die Krankenversicherungsreform verabschieden, damit kurz vor der Bundestagswahl die großen Rückvergütungen gezahlt werden. Dieses Argument spricht dafür, daß wir alles aufbieten, daß das Gesetz am 1. Januar kommenden Jahres in Kraft tritt, damit kurz vor den Bundestagswahlen die Rückvergütungen erfolgen; dann erkennen unsere Wähler, daß die Krankenversicherung nicht so schlecht ist.

Adenauer: Darf ich Ihnen einen Rat geben. Die Landesparteien sollten sich, ehe sie die Bundestagskandidaten aufstellen, von den entsprechenden Gremien ein Zeugnis über den Mann geben lassen, also etwa die Bundestagsfraktion fragen, ob der Herr XY auch fleißig gewesen ist. – Es läßt sich doch vieles machen.

Schmidt: Im Sozialpolitischen Ausschuß ist natürlich Herr Professor Schellenberg⁴⁵ das Hemmnis.

Adenauer: Man muß doch mit dem Herrn Schellenberg auch einmal fertig werden.

Krone: Schluß der Debatte beantragen.

Scheufelen: Wir haben in Baden-Württemberg 51 Abgeordnete, die SPD hat 44. Bei der gegenwärtigen Lage sind wir nicht sehr weit von ihr weg. Es ist zu hoffen, daß wir uns verbessern. Wenn unsere Wahlen aber mitten in die Zeit der Beratung des Sozialpaketes hineinfallen, wird das außerordentlich schwer sein.

43 Franz Varelmann (1904–1978), 1951 Landesvorsitzender der CDA Oldenburg, 1953–1972 MdB (CDU).

44 Heinrich Scheppmann (1895–1968), Gewerkschaftssekretär; 1953–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 722 Anm. 45.

45 Prof. Dr. Ernst Schellenberg (1907–1984), Sozialpolitiker; 1952–1976 MdB (SPD, 1957–1976 Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik), 1960–1973 Mitglied des Parteivorstands der SPD. – Festschrift: Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag. Bonn/Bad Godesberg 1977.

Wir haben in den letzten vier Jahren in unseren Ballungsgebieten wieder eine erhebliche Zuwanderung zu verzeichnen gehabt. Einen sehr großen Bereich stellen die unentschlossenen Wähler dar; eine präzise angesetzte Propaganda der Gewerkschaften für die SPD würde bei diesen Wählern für uns verheerende Wirkungen haben. Es ist doch zu überlegen, ob wir uns damit abfinden müssen, daß diese Sache im März – in der für die Landtagswahlen bezüglich der Meinungsbildung entscheidenden Periode – verabschiedet wird. Dann würde die ganze Propaganda zum Zuge kommen, bevor wir an Hand der Tatbestände nachweisen können, daß es ein gutes Gesetz ist. Der 1. Januar wäre für uns politisch der äußerste Termin. Eine andere Möglichkeit wäre, daß das Gesetz dann noch später kommt. Aber das wäre dann wieder für die Bundestagswahlen schlecht. – Wir müssen also von vornherein darauf hinweisen, daß wir gerade in dem Ballungsraum von Stuttgart, wo wir sehr schwer zu kämpfen haben, mit ganz schweren Rückschlägen rechnen müssen.

Adenauer: Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Dann können wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen. Es ist gebeten worden, den Punkt 3 abzusetzen, weil diese Frage so wichtig sei, daß sie erst noch einmal überlegt werden müsse.

Wir kommen dann noch zum Punkt „Verschiedenes“.

VERSCHIEDENES

Dufhues: Meine Damen und Herren, das Präsidium der CDU hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage des Ortes und des Termines des nächsten Bundesparteitages befaßt. Nach Abwägen des Für und Wider schlägt das Präsidium dem Vorstand vor, den nächsten Bundesparteitag in der Zeit vom 14. bis 18. März 1964 in Hannover abzuhalten. Der Termin liegt etwa 14 Tage vor dem Osterfest; Bedenken wegen der Ferien sollten also nicht bestehen. Hannover wird vorgeschlagen, weil wir bisher im Bereich Niedersachsen – abgesehen von Goslar⁴⁶ – noch keinen Bundesparteitag hatten. Bereits früher wurde die Abhaltung eines Parteitages in Niedersachsen erörtert. Es scheiterte aber immer daran, daß keine geeigneten Räume zur Verfügung standen.

Lemmer: Warum gehen wir nicht nach Baden-Württemberg, wenn die dortigen Wahlen so wichtig sind? Ein Bundesparteitag in diesem Gebiet würde dann gerade die Wirkung haben, auf die es ankommt. Ich will Herrn Fricke keinen Kummer machen, wenn ich diese Frage aufwerfe.

Scheufelen: Es hat sich gezeigt, daß die Parteitage auf die Landtagswahlen eigentlich nur geringen Einfluß haben. Wir hatten das letzte Mal den Parteitag in Karlsruhe⁴⁷; das Wahlergebnis in Karlsruhe hat sich von dem des übrigen Landes nicht wesentlich unterschieden. (*Lemmer:* Es geht ums ganze Land!) Natürlich. In Frage kämen bei uns Karlsruhe oder Stuttgart. In Stuttgart haben wir es räumlich nicht mehr geschafft. Der

⁴⁶ CDU, 1. Bundesparteitag (Gründungsparteitag) vom 20. bis 22. Oktober 1950.

⁴⁷ CDU, 9. Bundesparteitag vom 26. bis 29. April 1960.

Killesberg war schon belegt. Wenn wir gleichzeitig den Wahlkampf führen und den Parteitag vorbereiten müssen, dann wäre das eine Überforderung unserer Organisation. Wichtiger bei einer Wahl ist heute die Kleinarbeit, das Absprechen der einzelnen Pläne. Hiervon geht eine größere Wirkung als von einem Parteitag aus.

Kraske: Ich möchte das unterstreichen, was Herr Scheufelen gesagt hat, und ein Weiteres hinzufügen. Der letzte Parteitag in Norddeutschland hat 1958 stattgefunden⁴⁸; das ist dann im nächsten Frühjahr sechs Jahre her. Nachdem während dieser Zeit schon ein Parteitag in Baden-Württemberg stattgefunden hat, würde ich sagen, es entspricht unserem bisherigen Bemühen, mit den Parteitagen regelmäßig durch das Land zu gehen, wenn wir diesmal nach Norddeutschland gehen.

Adenauer: Also, Herr Lemmer ...

Lemmer: Die wollen ja selber nicht.

Gurk: Wir sind zu höflich, unserem lieben Freund Scheufelen zu widersprechen. Wir würden natürlich ganz gern einen Parteitag annehmen.

Adenauer: Sie müssen selber wissen, was Sie wollen.

Dufhues: Sie haben nichts davon, und der Parteitag leidet darunter.

Gurk: Lassen wir es laufen!

Adenauer: Also die Herren lassen es laufen, dann bleibt es bei dem Vorschlag des Präsidiums.

Seebohm: Es ist natürlich immer eine gewisse Schwierigkeit, einen Parteitag dort zu machen, wo wir weder in der Landesregierung sitzen, noch in der Stadt eine Rolle spielen. Eine gewisse Belastung stellt das schon dar. Ich will das nur gesagt haben, damit es hinterher nicht gerügt wird.

Adenauer: Die wollen uns auch nicht!

Kraske: Ich darf dazu sagen, daß der Parteitag in Dortmund⁴⁹ nach dem allgemeinen Eindruck ein ausgezeichneter Parteitag war.

Adenauer: Also, meine Damen und Herren, es bleibt wohl bei Hannover. – Haben wir noch etwas zu Punkt Verschiedenes?

Dufhues: Der Bundesausschuß für Sozialpolitik hat am 10. Mai Herrn Lünen-
donk⁵⁰ zu seinem Vorsitzenden gewählt. Dieser Beschluß bedarf der Zustimmung. Ich bitte um diese Zustimmung. (*Zustimmung.*)

Adenauer: Damit sind wir am Schluß der Tagesordnung angelangt. Wollen wir uns gleichzeitig gute Ferien wünschen. Aber wir wollen sagen: auf frohes Wiedersehen im Einklang mit Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. (*Beifall.*)

48 CDU, 8. Bundesparteitag vom 18. bis 21. September 1958 in Kiel.

49 CDU, 11. Bundesparteitag vom 2. bis 5. Juni 1962 in Dortmund.

50 Heinrich Lünendonk (1906–1992), 1948–1966 stv. Vorsitzender der CDU Hessen, 1950–1965 Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 736 Anm. 42.